

# MIGRATIONS- GESELLSCHAFT HOW?



Eine Anleitung der Zivilgesellschaft für  
mehr Repräsentanz und Teilhabe



# 04 EINLEITUNG

# 08 POLITIK

**S. 09-14**

„Es geht um Präsenz“ (ndo)

**S. 15-21**

„Vielfalt entsteht durch  
Repräsentanz“ (TGD)

**S. 22-31**

Wer darf wählen  
- und wer nicht? (GVFD)

# 46 IMPRESSUM

# VORSTELLUNG 06

Das Kompetenznetzwerk  
und ihre Projekte

# KINDER- & JUGENDHILFE 32

**S. 33-37**

Status Quo und Best Practices (BVRE)

**S. 38-45**

Repräsentation und Allianzen in einer  
diversitätsorientierten Kinder- und  
Jugendhilfe (Schwarzkopf-Stiftung)

# 01

TEXT

MILENA JOVANOVIĆ

und KAAAN BAĞCI

# EINLEITUNG

**Die Migrationsgesellschaft Deutschlands war kein großes politisches Thema in diesem Wahljahr. Dabei sind Aushandlungen um Zugehörigkeiten und Repräsentanz entscheidender Spiegel unserer Demokratie. Während Migration die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft maßgeblich beeinflusst und pluralistische Identitäten einen Großteil der Bevölkerung ausmachen, spricht eine erstarkende Rechte diesem Teil der Bevölkerung die Zugehörigkeit immer lauter ab. Wo stehen wir also, wenn wir auf unsere Migrationsgesellschaft blicken und wie weit sind wir in Bezug auf das Versprechen der Demokratie: gerechte Teilhabe und Partizipation für Alle?**

Die Zivilgesellschaft kann Antworten geben. Mit einem engen Draht zu den verschiedenen Communities, die unsere Migrationsgesellschaft ausmachen und/oder mit einer Expertise in den Bereichen Teilhabe und Partizipation lassen sich Leerstellen in Migrationsdiskursen aufdecken und die Stimmen von Betroffenen von Ausgrenzung sichtbar machen.

**Das Kompetenznetzwerk „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“** vereint Organisationen, die aus verschiedenen Positionen und mit unterschiedlichen Blickwinkeln auf die Migrationsgesellschaft blicken. Gemeinsam setzt sich das Kompetenznetzwerk das Ziel, den Dialog zu Themen der Migrationsgesellschaft zu fördern. Besonderer Fokus liegt dabei auf Kindern und Jugendlichen und all jenen, die mit ihnen arbeiten – denn politische Bildung und Teilhabe ist vor allem für eine junge Generation relevant, die sehr viel selbstverständlicher mit Vielfalt umgeht und selbstbewusster ihre Teilhaberechte einfordert. Was braucht die Migrationsgesellschaft, um ihnen ein chancengerechtes und selbstwirksames Teilhaben an unserer Gesellschaft zu ermöglichen und wo gibt es Hürden? Damit beschäftigen sich die Beiträge unserer Publikation.

Die **neuen deutschen Organisationen** befragen junge Menschen selbst zu ihren Reflexionen zu Repräsentation und was ihnen die Teilhabe an unserer Migrationsgesellschaft erleichtert oder erschwert.

**Die Türkische Gemeinde in Deutschland** blickt anhand von Interviews in die Strukturen der Parteien, um herauszufinden, inwiefern die mangelnde Repräsentanz als Problem wahrgenommen und was dagegen unternommen wird.

**Alle Beiträge blicken dabei aus unterschiedlichen Perspektiven auf die Migrationsgesellschaft, haben aber das selbe Ziel vor Augen:**

Eine Migrationsgesellschaft, in der demokratische Mitbestimmung, Teilhabe und Repräsentation allen Menschen und vor allem allen jungen Menschen chancengerecht ermöglicht wird. Während drei der fünf Beiträge den Fokus auf die politische Teilhabe und Repräsentation setzen, beschäftigen sich die übrigen zwei Beiträge mit einer diversitätsorientierten Kinder- und Jugendhilfe.

Wir hoffen, unsere Publikation trägt zu neuen Perspektiven in den Diskursen rund um unsere Migrationsgesellschaft bei und wünschen viel Vergnügen beim Lesen!

**Gegen Vergessen – Für Demokratie** beschreibt die Diskrepanz zwischen Wohnbevölkerung und Wahlbevölkerung und dem dadurch entstehenden Demokratiedefizit. Der Schwerpunkt des Beitrags liegt dabei auf der Kopplung des Wahlrechts mit der deutschen Staatsbürgerschaft und die damit verbundene Ausgrenzung einiger Menschen mit Einwanderungsgeschichte aus unserem Wahlsystem.

Der Beitrag **des Bundesverbandes russischsprachiger Eltern** erklärt, was „Diversitätsorientierung“ für die Kinder- und Jugendhilfe bedeutet und zeigt auf, welche Best Practice-Beispiele es bereits gibt.

In dem Beitrag **der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa** werden Perspektiven auf Repräsentation von Migrations- und Rassismuserfahrenen in der Kinder- und Jugendhilfe sichtbar gemacht, um das gemeinsame Anliegen eines diskriminierungsbewussten, menschenrechtskonformen Settings für die Zielgruppen und Arbeiter\*innen der Kinder- und Jugendhilfe zu schaffen.

# DAS KOMPETENZ- NETZWERK UND IHRE PROJEKTE

## **GEGEN VERGESSEN - FÜR DEMOKRATIE**

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem konkreten Einsatz für die Demokratie. Themen sind die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, dem Unrecht des SED-Regimes und verschiedenen Formen des politischen Extremismus. Mit mehr als 2.000 Mitgliedern in 43 regionalen Arbeitsgruppen bringt Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. seine langjährige Erfahrung in der Gestaltung eines konstruktiven Dialogs in einer Gesellschaft in Vielfalt in das Kompetenznetzwerk „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ ein.

## **SCHWARZKOPF- STIFTUNG JUNGES EUROPA**

Die überparteiliche Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa stärkt junge Menschen aus ganz Europa in ihrer aktiven demokratischen Teilhabe. Die Vision der Stiftung ist ein von jungen Menschen gestaltetes pluralistisches Europa der Offenheit, Solidarität und Demokratie. In Veranstaltungen, Seminaren, Bildungsangeboten und jugend-geleiteten Netzwerken wie der Jungen Islam Konferenz und dem European Youth Parliament sowie mit Preisen und Stipendien bietet die Stiftung jungen Europäer\*innen Möglichkeiten der Begegnung, des Austauschs und der persönlichen Entwicklung. Darüber hinaus berät sie Akteur\*innen der Kinder- und Jugendhilfe zu Fragen des Zusammenlebens in der Migrationsgesellschaft.

## **VORSTELLUNG**

## **TÜRKISCHE GEMEINDE IN DEUTSCHLAND**

Am 2. Dezember 1995 hat sich die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) mit dem Ziel gegründet, sich in der Öffentlichkeit und gegenüber Politik und Verwaltung für die Belange und Interessen türkeistämmiger Menschen in Deutschland einzusetzen. Heute begreifen wir uns als Bestandteil der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung in Deutschland. Wir möchten erreichen, dass möglichst viele Menschen Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Werte unserer Verfassung übernehmen und sich für eine inklusive Gesellschaft einsetzen und auch einsetzen können.

## **BUNDESVERBAND RUSSISCHSPRACHIGER ELTERN**

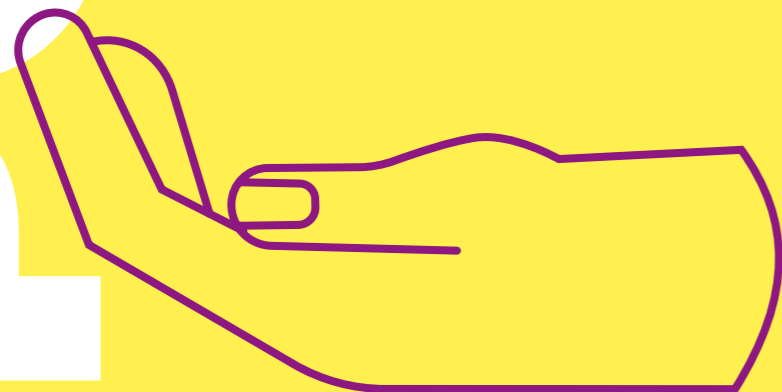
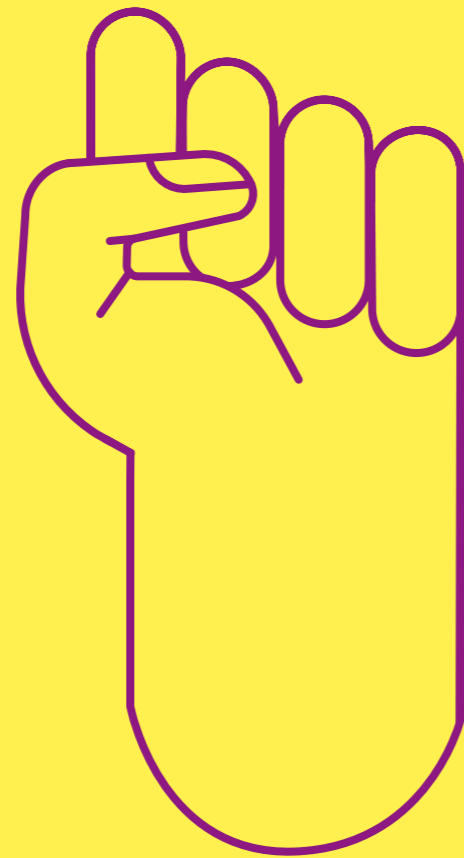
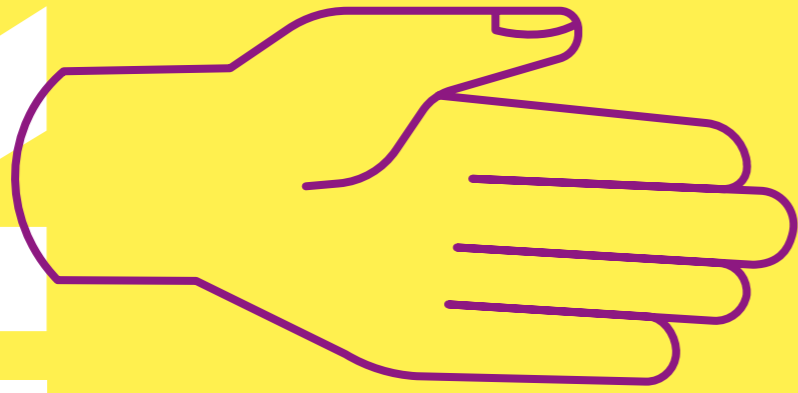
Der Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V. (BVRE) ist eine bundesweite Dachorganisation gemeinnütziger Vereine, die in vielen sozialen, kulturellen und Bildungsbereichen aktiv sind. Innerhalb des KN ist er für die Themen „Ängste und Konflikte“ zuständig und koordiniert die entsprechenden Maßnahmen. BVRE übernimmt die Entwicklung und Vermittlung der Expertise über die Zielgruppe

der „beweglichen Mitte“ mit dem Schwerpunkt „Ängste und Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft“ und stellt sie den im Bereich der politischen Bildung tätigen MOs und allen relevanten Strukturen und Akteur\*innen der KJH zur Verfügung.

## **NEUEN DEUTSCHEN ORGANISATIONEN - DAS POSTMIGRANTISCHE NETZWERK E.V.**

Die neuen deutschen Organisationen e.V. sind ein bundesweites Netzwerk von über 130 postmigranten Organisationen und Initiativen, die sich für chancengerechte Teilhabe, Sichtbarkeit und gegen Rassismus einsetzen. Mit unseren Positionen und Inhalten bringen wir uns in gesellschaftliche Debatten ein und sorgen so für eine inklusivere und gerechtere Gesellschaft. Im Rahmen des Kompetenznetzwerks unterstützen und beraten wir Akteur\*innen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Kooperationspartner\*innen im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Mit unserer Fachexpertise, Öffentlichkeitsarbeit und unserem Knowhow, wie eine offene Migrationsgesellschaft gestaltbar ist, schaffen wir auf verschiedenen Ebenen Räume für einen Austausch sowie eine nachhaltige Sensibilisierung und Qualifizierung.

Y  
E  
F  
L  
O  
P



EIN BEITRAG VON  
**NEUEN DEUTSCHEN  
ORGANISATIONEN - DAS  
POSTMIGRANTISCHE  
NETZWERK E.V.**

Text  
**NURIANI HAMDAN &  
MUTIARA BERTHOLD**

# „ES GEHT UM PRÄSENZ“

Zu Partizipation und Teilhabe von jungen Erwachsenen of Color

Wenn es um die Frage der politischen Teilhabe von jungen Menschen of Color geht, sollen diejenigen zu Wort kommen, die es betrifft: **Junge BIPoC (Black, Indigenous and People of Color) selbst. Wie nehmen sie die Möglichkeiten politischer Teilhabe für junge Menschen of Color wahr? Raquel, Selin und Kassem geben uns Einblicke in ihre Erfahrungen. Die Gespräche mit ihnen führte die Journalistin Bao-My Nguyen. Sie bilden die Grundlage für diesen Artikel.**

Als Expert\*innen für die Teilhabe junger Menschen in Deutschland berichten sie, wie sie ein Bewusstsein für soziale Ungleichheit entwickelten, politisch aktiv wurden und sich für mehr Repräsentation einsetzen. Sie identifizieren Hürden, die jungen Menschen die Partizipation erschweren, wie z.B. eine fehlende Sensibilität für die Erfahrungen und Belange von Migrant\*innen und BIPoC oder auch fehlende Ressourcen, die gewisse Privilegien voraussetzen. Zudem machen sie deutlich, mit welchen Erwartungshaltungen sie durch Zuschreibungen konfrontiert sind und wie auch dies sie in ihrem politischen Engagement ein- und beschränken kann. Dabei stellen sie dar, was passieren muss, damit diese Hürden abgebaut werden, stellen Forderungen nach Repräsentation, besserer politischer Bildung und einem Wahlrecht, das nicht an die Staatsangehörigkeit gekoppelt ist.

Selin, Raquel und Kassem begannen zu verschiedenen Zeitpunkten sich für Politik zu interessieren und aktiv einzubringen. Selin befasste sich schon zu Schulzeiten mit Politik. Der Preis einer Landeszentrale für politische Bildung, den sie mit 16 Jahren in einem Schüler\*innenwettbewerb für eine Arbeit zum Verhältnis zwischen der Türkei und der Europäischen Union gewann, war der

Ursprung ihres Engagements. Dadurch konnte sie Praktika im Bereich der politischen Bildung machen und studierte nach dem Abitur Politikwissenschaften.

Für Raquel begann ihr gesellschaftliches und politisches Engagement während des Studiums sowohl durch die Auseinandersetzung mit Antirassismus-Theorien als auch durch persönliche Begegnungen mit anderen BIPoC und queeren Menschen. „Einerseits habe ich bestimmte Begriffe aus der Antirassismus-Theorie gelernt und habe dann im zweiten Schritt versucht, diese in eine politische Praxis einzubinden. Ich glaube, mein Zugang dazu war ein bisschen theoretisch. Man lernt seine eigene Biografie nochmal neu zu lesen.“ Als Filmemacherin stieß sie auf Hürden. „Es wurde immer gesagt: ‚Das ist zu überladen‘, ‚queer und migrantisch zu sein ist ein Widerspruch‘ und daraus hat sich für uns abgeleitet: Wir wollen es irgendwie anders machen. Und ‚irgendwie anders‘ heißt aber auch, dass man an den Strukturen arbeiten muss, an den Zugängen. Man kann sich nicht immer nur beschweren, dass man mit keinem nicht-weißen Produzenten zusammenarbeitet. „Dann muss man andere Wege suchen: wo kann man in die Strukturen eingreifen, wo kann man selbst Workshops



**„WIR WOLLEN ES IRGENDWIE ANDERS MACHEN“**

Raquel

geben und wo kann man auch eigene Zugänge schaffen? „Ich war immer schon politisch engagiert und interessiert.“, sagt Kassem. „Sei es als Jugendlicher als Schülersprecher oder ehrenamtlich im Fußballverein als Schiedsrichter. Oder das Klassische, was man als PoC-Kind so macht: Dolmetschen, Formulare ausfüllen, übersetzen oder auch mit den Communities zu Ärzten gehen. Und alles drum herum. Man muss ja relativ früh Verantwortung übernehmen, für sich und für seine eigene Familie, aber auch für seine gesamte Community.“ Die Auseinandersetzung mit Rassismus und Identität begann für ihn jedoch erst im Studium, sein parteipolitisches Engagement dann 2019, als er bereits die deutsche Staatsbürgerschaft hatte. Später stellte er fest, dass er sich auch vorher schon in einer Partei hätte einbringen können. Sein Einsatz bei der Grünen Jugend führte schließlich dazu, dass er gefragt wurde, ob er nicht für den Bundestag kandidieren wolle. Nun ist er Direktkandidat von Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen.

**Wer wird im politischen und gesellschaftlichen Diskurs gehört und wer nicht?** Die Frage der Sichtbarkeit sehen Raquel, Selin und Kassem differenziert und nehmen wahr, dass sie aufgrund ihrer Bildung und ihres Habitus eher gehört werden, als nicht akademisierte Menschen. „Ich glaube, dass ich mich wahrscheinlich weniger gehört fühlen würde, wenn ich einen anderen Habitus hätte. Wenn ich einfach einen anderen Wortschatz hätte. Wenn ich anders über Dinge sprechen würde.“, sagt Selin. Die Sprache, die sie durch ihren Bildungsweg erhielt, ermöglicht ihr, Probleme und Anliegen zu thematisieren. Dies führt jedoch auch dazu, dass sie als „Vorzeigefremde“ markiert und tokenisiert wird, was zur Folge hat, dass andere Personen of Color nicht gehört werden, erklärt sie.

Innerhalb ihrer Sichtbarkeit beschreiben alle drei das Gefühl, strenger beobachtet und mit bestimmten Erwartungen konfrontiert zu werden. Auf der einen Seite werde von ihnen erwartet, dass sie sich mit bestimmten Themen, wie ‚Integration‘ und Diskriminierung beschäftigten, wobei sie sich mindestens genauso sehr für queere



**„ICH FÜHLE MICH SEHR GEHÖRT, ABER DAS GEHT ZULASTEN VON VIELEN GRUPPEN, AUF DEREN KOSTEN ICH GEHÖRT WERDE.“**

Selin

Themen und inklusive politische Bildung oder für Bauen, Wohnen und Mieten interessieren. Auf der anderen Seite erfahren sie, dass Menschen emotionaler als bei weißen Personen reagieren, wenn sie Rassismus thematisieren.

Auch führen diese Erwartungshaltungen und die stärkere Beobachtung zu einem Leistungsdruck. Sie haben das Gefühl, mehr leisten zu müssen und sich keine Fehler erlauben zu können, berichtet Kassem: „Ich muss, glaube ich, mehr liefern als die. Ich glaube, ich muss einfach mehr Auszeichnungen erhalten. Ich hab das Gefühl, dass ich mehr ballern muss, also mehr tun muss, um gesehen zu werden: ‚Ja, der hat’s drauf und der verdient auch die Position und wird auch seiner Verantwortung gerecht‘ im Vergleich zu weiß gelesenen Personen.“

Die drei sind sich ihrer privilegierten Position bewusst und erkennen auch verschiedene Hürden für Partizipation und Teilhabe in Deutschland. Beispielsweise stellen fehlende soziale Netzwerke oder wenig Wissen über die Möglichkeiten der Partizipation eine Barriere dar. Ebenso mangelnde zeitliche, aber auch finanzielle Ressourcen, die bei vielen ehrenamtlich organisierten Initiativen

# „EINE STAATSBÜRGERSCHAFT IST DAS KRASSESTE PRIVILEG, WAS DU IN DEUTSCHLAND HABEN KANNST UND DAS SOLLTE NICHT SO SEIN.“

Raquel



notwendig sind. Wenn BIPOC engagiert sind, sehen sich diese oft Alltagsrassismus, z.B. in Parteien ausgesetzt oder erhalten Drohbriefe, wenn sie sich für Wahlen aufstellen und fühlen sich nicht ausreichend geschützt. Kassem hat als Bundestagskandidat im Wahlkampf selbst erlebt, dass er am Stand beleidigt wurde.

**Warum ist das Wahlrecht in Deutschland an die Staatsbürgerschaft gekoppelt?** Und ist dieses bestehende Wahlrecht eigentlich gerecht? Selin findet: Nein. Und vermutet hinter dem bestehenden Wahlrecht politisches Kalkül, da dadurch Menschen von vornherein von politischer Teilhabe ausgeschlossen werden. Demnach, so Selin, sollte auch das Prinzip der Nationalstaatlichkeit und Staatsbürgerschaft hinterfragt werden.

Kassem, der neben einer irakischen seit 2018 die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, erlebte bereits vor seiner Einbürgerung, welches Privileg diese ist. Dabei ging es nicht einmal um das Wahlrecht, sondern um viel alltäglichere Dinge, wie die Wohnungssuche, den Zutritt zu einem Club oder Reisefreiheit, die ihm ohne die deutsche Staatsbürgerschaft massiv erschwert wurden. Er plädiert dafür, dass migrierte Menschen nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland das Recht auf Beantragung der deutschen Staatsbürgerschaft haben sollten und fordert auch: „Wir brauchen auf jeden Fall ein viel stärkeres Bleiberecht, also Einbürgerung mit der Geburt.“

Die Staatsbürgerschaft und das daran gebundene Wahlrecht sollte nicht länger davon abhängig gemacht werden, was Menschen leisten, welche

Sprachkenntnisse sie haben, ob und welchen Beruf sie ausüben oder ob sie sich auf bestimmte Art und Weise versichert haben, wie Kassem am Beispiel seines Vaters berichtet, dessen Beantragung der Staatsbürgerschaft all diese Hindernisse überwinden musste.

Auch Raquel ist überzeugt: „Ich finde, die Berechtigung, am Wahlsystem teilnehmen zu dürfen, Entscheidungen zu treffen und von diesem Deutschland zu profitieren, sollte einfach nichts damit zu tun haben, wie erfolgreich oder unerfolgreich eine Person ist.“ Auch Selin findet es „absolut absurd, wie die Staatsbürgerschaft wie eine Belohnung behandelt wird für Migrant\*innen, die irgendwie Zivilcourage gezeigt haben.“

Raquel und Kassem sind der Ansicht, dass die Möglichkeit zur politischen Teilhabe ein grundlegendes Recht ist und unbürokratischer gestaltet werden sollte. „Ich würde ganz grundsätzlich allen Menschen, die nach Deutschland kommen wollen, [...] die Chance geben, hier zu leben und auch an dieser Gesellschaft zu partizipieren. [...] Man muss Institutionen so umgestalten, dass sie menschenfreundlich agieren“, so Raquel.

Um politische Teilhabe zu ermöglichen, müssen letztendlich Zugänge in allen Bereichen der Gesellschaft geschaffen werden. Zum Beispiel im Kulturbereich: Aus ihren Erfahrungen als Filmemacherin spricht sich Raquel für eine Novellierung des Filmförderungsgesetzes aus, in dem Diversität im Film zu einer Voraussetzung gemacht wird. Zudem plädiert sie für eine Quote sowie eine diskriminierungskritische Ausbildung und Umstrukturierung von Produktionsfirmen.

Selin fordert vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen innerhalb der politischen Bildungsarbeit „eine Sensibilität dafür, aus welchen Kontexten diese Menschen auf diese ganzen Institutionen oder diese Prozesse blicken.“ Es müsse sichergestellt werden, „dass die Leute, die diese Partizipationsprogramme oder diese Bildungsprogramme entwerfen, nachvollziehen können, aus welchen Lebensrealitäten diese Leute kommen.“

Und auch für Kassem ist es in seiner parteipolitischen Arbeit wichtig, dass „Politik auch von Politiker\*innen gemacht werden [muss], die neben der fachlichen Expertise auch einen persönlichen Bezug dazu haben. Damit eben die Gesetzesinitiativen oder auch die Gesetze dann auch vor Ort bei den Menschen oder in den Strukturen ankommen.“

Sichtbarkeiten bereits in der Schule, an Hochschulen und in allen Arbeitsstrukturen zu



## „LETZTLICH WERDEN WIR DIESEN CHANGE HIN ZU MEHR REPRÄSENTATION UND SICHTBAR- KEIT NUR BEWIR- KEN, INDEM SICH DAS AUCH IN DER GESETZGEBUNG FESTSCHREIBT.“

Raquel

schaffen, so Raquel, sei einfach eine Grundvoraussetzung. Denn die Frage, inwieweit junge Erwachsene of Color sich in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft wiederfinden und repräsentiert sehen, hat häufig auch Auswirkungen auf ihre politische Partizipation.

**Welche Bedingungen erleichtern jungen BIPOCs die politische Partizipation?**

Zunächst einmal ist es wichtig „Räume zu schaffen, in denen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wie BIPOCs sich austauschen können. Safe Spaces, in denen überhaupt erst einmal Erfahrungen geäußert werden können und eine Umkehrung von Machtverhältnissen stattfindet“, meint Raquel.

Kassem möchte solche Räume nicht nur dafür nutzen, „um intern erstmal irgendwie Erfahrungen auszutauschen, sondern auch nach außen zu gehen, Demos zu veranstalten, mehr politische Forderungen zu stellen.“ Für ihn ist es wichtig, überhaupt erst einmal communityübergreifend in den Austausch zu kommen, unabhängig von äußerlich vorgegebenen Bedingungen.

Zudem sind Selin, Kassem und Raquel sich einig, dass es weiterhin essentiell ist, Rassismus zu thematisieren und zu problematisieren. Kassem sieht hierbei auch Vorbilder in der Musik, im Sport, in der Politik oder in Unternehmen in der Verantwortung, ganz klar Stellung zu beziehen: „Wenn ich jetzt Abteilungsleiter im Ministerium oder bei der Deutschen Bahn oder wo auch immer bin, da muss ich ganz klar Stellung beziehen, dass es überhaupt keinen Raum für Rassismus gibt.“

Erst dadurch lässt sich ein Bewusstsein und eine Sensibilität für die Perspektiven und Erfahrungen von BIPOCs fördern. Um Strukturveränderungen voranzutreiben, muss Druck auf die Politik ausgeübt werden. Dabei könnten, so Raquel, statistische Erfassungen von Ungleichheiten helfen, wie es sie beispielsweise bereits im Filmbereich gibt.

Letztendlich, so Raquel, sind nun insbesondere Privilegierte gefragt. Sie fordert: „Ich glaube, dass nicht nur Menschen, die selber von bestimmten

Ausschlüssen betroffen sind, sich für politische Teilhabe einsetzen sollten. Sondern es ist jetzt die Aufgabe von Menschen, die ihr ganzes Leben lang Zugänge hatten. Jetzt ist es an euch. Es tut

weh. Es ist schmerzvoll, seine eigenen Privilegien zu nutzen und einzusetzen. Aber es ist unbedingt notwendig, um einen strukturellen Wandel herbeizuführen.“



**„MAN MUSS EIN KLIMA SCHAFFEN, IN DEM SICH LEUTE WOHLFÜHLEN.“**

Selin

**KASSEM TAHER SALEH** ist 28 Jahre alt und wurde im Irak geboren. Im Alter von 10 Jahren emigrierte er mit seiner Familie nach Deutschland und wuchs im Vogtland auf. Er studierte Bauingenieurwesen in Dresden, arbeitet als Bauleiter und trat für Bündnis90/Die Grünen in diesem Jahr in Dresden als Bundestagskandidat an.

**RAQUEL KISHORI DUKPA** ist 27 Jahre alt und Medienaktivistin und Autorin. Sie arbeitet bei Filmproduktionen im Bereich Casting und Produktion und ist Teil eines queerfeministischen und postmigrantischen Filmkollektivs, „Jünglinge Film“, mit dem sie 2020 die Premiere des Debütfilms „Futur Drei“ feierte. Ihre Familie hat nepalesischen, bhutanischen, mosambikanischen und deutschen Hintergrund.

**SELIN YILDIZ** (Name geändert) ist 23 Jahre alt und kommt aus der Nähe von München. Aktuell studiert sie mit einem Stipendium in den USA Angewandte Ethik. Davor absolvierte sie ein Studium in Politikwissenschaften. Sie engagiert sich in inklusiver politischer Bildung, gibt Workshops und betreut Bildungsreisen. Ihre Eltern haben jeweils Bezüge zur Türkei.

**Interviewerin: BAO-MY NGUYEN** ist 25 Jahre alt, arbeitet im Kommunikationsbereich und als freie Journalistin. Sie beschäftigt sich vor allem mit gesellschaftlicher Teilhabe, intersektionalem Feminismus und Medienkritik. Sie ist Stipendiatin der Heinrich-Böll-Stiftung und beendet gerade ihren Master in Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation an der Universität der Künste Berlin.

EIN BEITRAG  
**DER TÜRKISCHEN GEMEINDE  
IN DEUTSCHLAND**

Text  
**ANNA FRIEDRICH,  
LENA GRASER &  
KAAN BAĞCI**

**„VIELFALT  
ENTSTEHT  
DURCH  
REPRÄSEN-  
TANZ“**

Ein Gespräch zur Situation von Menschen mit Migrationsgeschichte und\_oder Rassismuserfahrung in demokratischen Parteien

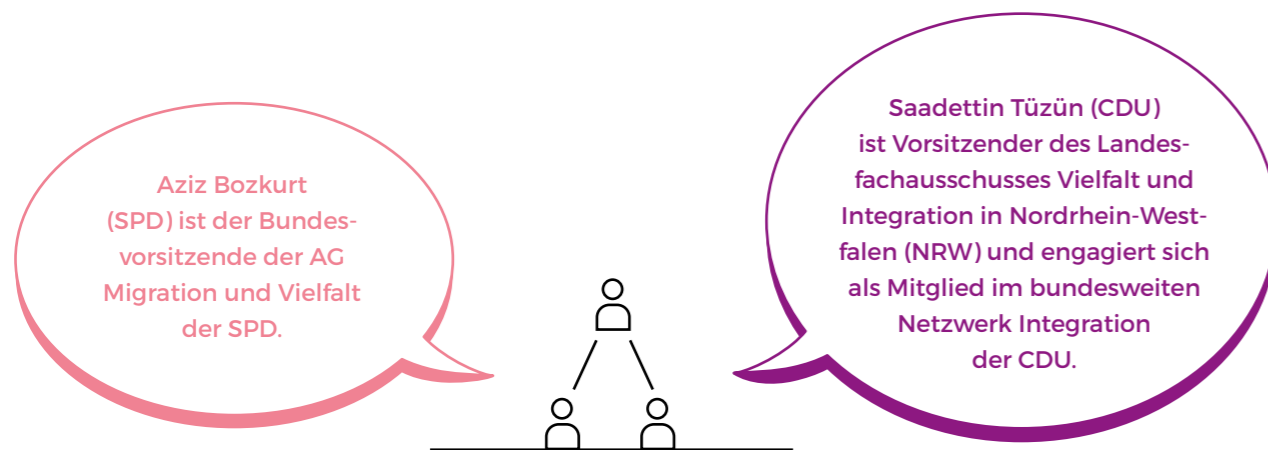


Alle Zahlen laut  
Mediendienst  
Integration. Online  
abrufbar unter:  
<https://mediendienst-integration.de/integration/politik.html> (letzter  
Abruf 14.10.21)

Die Interviewten  
haben beim  
Sprechen nicht ge-  
gendert. Daher ist  
in ihren Aussagen  
nur die männliche  
Form zu finden.

Politiker\*innen treffen wichtige Entscheidungen in den Parlamenten für alle Menschen, die in Deutschland leben – dies betrifft die Bundesebene genauso wie die Landesebene und den kommunalen Raum. Leider sind Menschen mit Migrationsgeschichte und\_oder Rassismuserfahrung in den Parlamenten unterrepräsentiert. Im neuen Bundestag sitzen 83 Parlamentarier\*innen mit Migrationsgeschichte – das sind 11,3 Prozent aller Abgeordneten. Auch in den Landesparlamenten sind Abgeordnete mit Migrationshintergrund deutlich unterrepräsentiert. Demzufolge waren 2015 durchschnittlich nur 4,5 Prozent der Landtagsabgeordneten aus Familien mit Migrationsgeschichte.<sup>1</sup>

## Wie ist es, als Person mit Rassismuserfahrung und\_oder Migrationsgeschichte in politischen Parteien aktiv zu sein? Was muss sich ändern, damit sich ihre Repräsentanz in den Parlamenten erhöht?



Zu diesen und anderen Fragen haben wir mit **AZIZ BOZKURT** und **SAADETTIN TÜZÜN** gesprochen.

## Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD): Warum braucht es mehr Repräsentanz von Menschen mit Rassismuserfahrung in den Parteien und Parlamenten?

**S.T.** In einer demokratischen Republik ist es wichtig, dass sich die Strukturen der Gesellschaft in ihrer Vielfalt in der Parteienlandschaft widerspiegeln. Vielfalt wird am besten durch Repräsentanz deutlich, z.B. wenn Migranten<sup>2</sup> bestimmte Mandate innehaben oder in den Parlamenten ein Stimmrecht besitzen. Ich erlebe immer wieder, dass Menschen über bestimmte Themen reden wollen oder sollen, mit denen sie keine persönlichen Erfahrungen machen. Umso wichtiger ist es, dass man Menschen dazu holt, die einen entsprechenden Background mitbringen. Sie haben dann verschiedene Hüte auf, da sie auch als Botschafter unterwegs sind und ihre Community vertreten.

**A.B.** Repräsentation ist wichtig, weil Identifikation ein relevantes Thema ist. Man identifiziert sich mit einem Staat, einem Gemeinwesen, wenn man sich auch in den Entscheidungen repräsentiert sieht. Außerdem fehlt ein Ausschnitt des Lebens, wenn Menschen mit einem bestimmten Hintergrund nicht vertreten sind. Ich habe hierzu ein Beispiel aus einem anderen Bereich: gerade hat sich der Todestag von Marwa El-Sherbini, die in Dresden ermordet wurde, gejähr. Nach dem Mord hat es tagelang gar keine Berichte gegeben. Das lag daran, dass die journalistischen Redaktionen ziemlich einseitig geprägt sind und dort die Vielfalt fehlt. Dasselbe trifft natürlich auf Parteien zu. Das erleben wir auch beim Thema rechter Terror. Es gibt Parteien, bei denen eins der drängendsten Themen unserer Zeit gar nicht auftaucht, weil die Sensibilität aufgrund mangelnder Repräsentanz fehlt.

## Inwiefern spielt Ihre (familiäre) Migrationsgeschichte eine Rolle bei ihrem politischen Werdegang? Welche Unterstützung und welche Hürden haben Sie erfahren?

**A.B.** Es kommt immer darauf an, in welcher Partei und in welcher Region man aktiv ist. In Berlin ist es von Vorteil, die gesellschaftliche Vielfalt zu repräsentieren. Aber es ist auch so, dass es sich negativ auswirken kann, Migrationsgeschichte zu haben. Ich kann hierzu ein Beispiel nennen: Ich war mal stellvertretender Landesvorsitzender der Jusos (der Jugendorganisation der SPD). Das ist ein feministischer Verband. Wenn man als Mann eine dunkle Haarfarbe hat, gerät man manchmal schneller in den Verdacht, Gleichberechtigung nicht so ernst zu nehmen. So musste ich mich immer doppelt anstrengen, doppelt feministisch sein, um nicht in solches Fahrwasser zu geraten. Außerdem wird man in bestimmte Themenfelder gedrängt. Oder man entdeckt diese für sich, weil man inhaltliche Lücken in der Partei füllt und so an Schalthebel gelangt. Ohne Einwanderungsgeschichte wäre ich wahrscheinlich nicht bei den Themen Migration und Vielfalt gelandet.

**S.T.** Wenn man als Mensch mit Zuwanderungsgeschichte in die Politik einsteigt, muss man unterschiedliche Hürden nehmen. Die meisten von uns haben die Parteiebenen nicht von Grund auf beschritten, sondern sind Quereinsteiger. Das ist mehr durch bestimmte Förderer oder auch bestimmte Themen geschehen. Innerhalb der CDU ist es noch eine zusätzliche Herausforderung, dort ist es nicht selbstverständlich, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aktiv sind. Nichtsdestotrotz ist meine persönliche Erfahrung durchweg positiv. Die Partei musste irgendwann erkennen, dass sie sich für Migranten öffnen und vielfältiger werden muss. Das ist hauptsächlich durch Armin Laschet passiert.

Aber man hat es dadurch nicht einfacher. Man muss sich doppelt bewähren. Einerseits muss man zeigen, dass man nicht der klassische „Quotenmigrant“ in der Partei ist. Zusätzlich muss man sich mit bestimmten Themen bewähren.

**Mein Credo ist an dieser Stelle: Ja, Migration ist unser Herzensthema. Aber wir dürfen uns definitiv nicht in eine Schublade stecken lassen.**

Viele von uns haben andere Kompetenzen. Ich bin zum Beispiel bis vor Kurzem stellvertretender Vorsitzender meiner Fraktion im Stadtrat Oberhausen gewesen. Dort habe ich die Themen Finanzen, Digitalisierung und Migration vertreten. Und so möchte ich auch gesehen und nicht auf das eine Thema beschränkt werden.

**A.B.** Ich kann an dieser Stelle noch eine zusätzliche Dimension einbringen. Die Frage von Positionierung in der Partei wird entsprechend der Geschlechter unterschiedlich gehandhabt. Wenn wir in die jüngere Zeit schauen, können wir gerade bei Frauen Karrierepfade beobachten. Das geschieht aufgrund der Tatsache, dass Förderer meinen, dass sie eine Frau einerseits leicht fördern und damit dann gleich zwei Quoten erfüllen. Das hat nach Meinung der Förderer den zusätzlichen Vorteil, dass sie diese Frau „bewegen“ können, wie sie wollen. Nach dem Motto: „Wenn ich keine Lust mehr habe, dann nehme ich sie wieder vom Feld.“ Die übersehen dabei auch, dass es mittlerweile starke Persönlichkeiten wie Serpil Midyatli gibt, mit denen solche Spielchen nie im Leben funktionieren würden. Wir sehen bei den männlichen Karrierepfaden in der Politik, dass sie sich mehr durchkämpfen müssen.

**„Das darf man nicht gegeneinander ausspielen. Jede Person mit Einwanderungsgeschichte – egal welches Geschlecht – ist ein Gewinn. Parteien haben unbedingt aufzuholen, was sie Jahrzehntelang verschlafen haben.“**

Aber dass es solche Strategien gibt, sollte man im Hinterkopf behalten. Denn wir müssen verstehen, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte eine eigene Machtbasis aufbauen müssen und sich nicht nur auf einzelne Förderer verlassen dürfen.

## Was muss Ihre Partei tun, um mehr Menschen mit Migrationsgeschichte bzw. Rassismuserfahrung zu gewinnen? Was müsste passieren, dass es attraktiver wird, sich auf Machtpositionen wie Listenplätze zu bewerben?

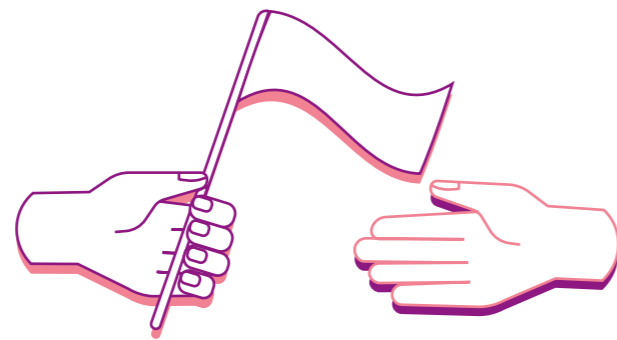
**S.T.** Das ist ein ewiger Kampf. Geschlecht, Zugehörigkeit zu einer inhaltlichen Strömung der Partei oder auch die Region, aus der man kommt, spielen eine Rolle bei der Vergabe der Listenplätze. Umso mehr – und das ist das Taurige – liegt es durchweg an bestimmten Personen, ob sie sich durchsetzen und einen Listenplatz bei Parlamentswahlen erhalten. Wenn man als Volkspartei gelten möchte, muss man die Vielfalt in Bezug auf Herkunft mitberücksichtigen. Genauso, wie man das mit dem

Geschlecht macht. In NRW habe ich das Glück, dass Migrationserfahrung als Faktor berücksichtigt wird – anders als sonst in der CDU.

**A.B.** Zunächst ist es wichtig, eine stille Sichtbarkeit zu gewährleisten. Wenn es einen Zeitungsbeitrag etc. gibt, muss die gesamte gesellschaftliche Vielfalt abgebildet werden. Das Zweite ist, dass man Einwanderungsgesellschaft tatsächlich verstehen muss. Da gibt es nicht einfach die Kategorie „Migrant“. Jemand mit russischsprachigen Wurzeln tickt ganz anders, als jemand mit türkischer Herkunft. Und Türkei-stämmig heißt auch nicht gleich Türkei-stämmig. Aleviten, Sunniten, Kurden, AKP-Anhänger oder CHP-Anhänger zu vermischen, wäre ein völlig falscher Weg.

Ein weiterer Punkt ist, die Vielfalt, die die Partei hat, zu zeigen. Das machen die Grünen meiner Meinung nach viel besser, als sie eigentlich aufgestellt sind. In Bezug auf Vorstände und Kandidatenlisten steht die SPD teilweise viel besser da. Wir hatten 40 Kandidierende mit Einwanderungsgeschichte für den Bundestag. Jedoch haben wir das nicht gut genug verkauft, weil das Bewusstsein, wie wichtig das ist, dafür nicht da war.

Man muss auch langfristig denken. Gerade sind sehr viele Menschen aus Syrien eingewandert. Sie werden mal deutsche Staatsbürger. Und auch diese Leute muss man richtig und früh ansprechen.



**Sie sind Teil von einem (post)migrantischen Netzwerk bzw. einer Arbeitsgemeinschaft (AG) in Ihrer Partei. Was kann das Netzwerk/die AG realistischweise erreichen?**

**A.B.** Die AG Migration und Vielfalt der SPD ist kein Netzwerk, sondern eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft. Sie hat den gleichen Status wie die JuSos, die Frauen oder andere AGen. Das führt dazu, dass man im Gegensatz zu einem Netzwerk deutlich mehr Rechte hat. Ich sitze im Parteivorstand als Gast. Wir haben Antragsrecht, können uns melden und das beeinflusst auch die Wahrnehmung unserer Anliegen. Außerdem gibt es AGen auf allen föderalen Ebenen.

Als AG-Mitglied mischt man sich auch bei der Aufstellung von Listenplätzen für Parlamentswahlen ein. Wir haben einen Vielfaltsindex berechnet, wo wir den Anteil der Abgeordneten mit den gesellschaftlichen Anteilen vergleichen. So können wir zeigen, in welchem Land es mit der Vielfalt innerhalb der SPD funktioniert und wo nicht. Da reden wir auch mit den Führungskräften, da die Listenaufstellung oft mit ihnen zusammenhängt. Viel spannender sind aber die informellen Netzwerke, die eigentlich die Geschicke einer Partei lenken. Bei der SPD sind das die einzelnen Flügel – wie der linke Flügel oder der Seeheimer Kreis. Eine AG allein wird bestimmte Anliegen nicht durchbringen können.

Die SPD ist ziemlich weit vorne, auch wenn sie noch viel zu tun hat. Wir sind aber auch selbstkritisch. Gerade in den Migrationsdiskursen der letzten Jahre stellen wir uns als AG strategisch gegen die Beschlüsse einer Bundesregierung und versuchen, Sprachrohr zu sein.

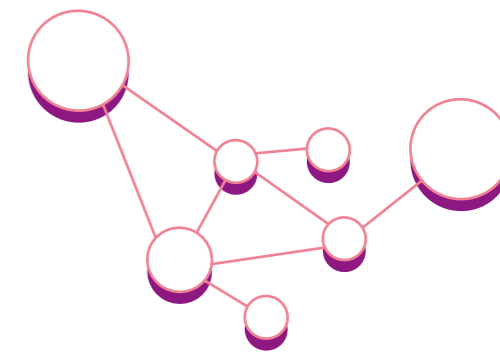
Das Standing der AG innerhalb der Partei ist so gut, wie man mit den informellen Netzwerken Erfolge durchsetzen kann. Ein gutes Standing führt dazu, dass wir Personal durchsetzen können. In der SPD haben wir dazu beigetragen, dass die aktuellen Parteivorsitzenden gewählt wurden. Wir haben außerdem Serpil Midyatli als stellvertretende Parteivorsitzende durchsetzen können, weil wir auf das richtige Netzwerk gesetzt haben. Dadurch ist die eigene Arbeitsgemeinschaft in allen wichtigen Gremien der SPD vertreten.

**S.T.** Sowohl Frau Merkel als auch die Tatsache, dass mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aktives Mitglied in der CDU geworden sind, haben das Bewusstsein für AGs und Netzwerke zu Migrationsthemen gefördert. So ist ein Bedarf an Diversifizierung entstanden und die Menschen haben sich innerhalb der Partei organisiert. Dadurch haben sich bei uns auch auf Landesebene verschiedene Organisationen gegründet. In NRW

haben wir über die Jahre den Landesfachausschuss Vielfalt und Integration gegründet, der dem Landesvorstand direkt untergeordnet ist.

Die Organisationen der jeweiligen Bundesländer (überall heißen sie etwas anders) bilden das Netzwerk Integration. Leider sind noch nicht alle Bundesländer vertreten. Zusätzlich dazu kommen Akteure zusammen, die nicht unbedingt parteipolitisch gebunden sind, aber die sich mit dem Thema auskennen. In letzter Zeit ist das Thema Migration mit Serap Güler und Annette Widmann-Mauz wieder wichtiger geworden. Die Partei muss das Thema aber intensiver behandeln.

Mit den Kandidaten für die Bundestagswahl tut sich die Partei schwer. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es geeignete Kandidaten geben muss, die das machen können. Diese müssen dann noch entsprechend Unterstützung aus der Partei bekommen. Wichtig ist, mehr Migranten für unsere Politik zu gewinnen. Das ist bei den anderen Parteien einfacher, weil durchweg mehr Migranten Mitglieder sind und als solche auch aktiver sind.



## Arbeiten Ihr Netzwerk/ Ihre AG überparteilich mit anderen (post)migrantischen Netzwerken / AGen zusammen?

**S.T.** Sowohl auf Bundes- als auch auf kommunaler Ebene gibt es viele Berührungspunkte. Letztendlich geht es ja um Themen, die einen entweder persönlich, kulturell oder gesellschaftlich interessieren. Ich denke, das kann man definitiv noch ausbauen. Das geht am besten entlang von gemeinsamen Themen.

**A.B.** Wir haben im Vorfeld der Bundestagswahl

versucht, im rot-rot-grünen Lager Vernetzung zu betreiben. Mit der CDU gibt es bisher noch keine Erfahrung, was da möglich ist. Wir haben aber gemerkt, dass es auch im rot-rot-grünen Lager vor Wahlkämpfen schwierig ist. Man muss erstmal ein gemeinsames Verständnis und Vertrauensverhältnis entwickeln. Unter Corona-Bedingungen ist das aber schwer. Es besteht außerdem die Gefahr, in Parteimuster zu verfallen.

**Es wäre ein guter Umgang zu sagen: „Kritisiert die Parteien so viel, wie ihr wollt. Aber man muss sich an wichtigen inhaltlichen Punkten gegenseitig unterstützen.“**

In Berlin wollten wir im Hintergrund gemeinsam an den Wahlprogrammen arbeiten, um auf die Koalitionsverhandlungen einwirken zu können. Zum Beispiel ist die Idee für eine Quote für Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst der Linkspartei gut. Wenn die Linke das in ihr Programm hineinschreibt und wir eine modifizierte Version hineinschreiben, die etwas weniger als eine Quote ist, können wir am Ende in den Koalitionsverhandlungen sagen: „Das ist unsere Linie. Ihr habt eine ganz andere Linie. Die Mitte wäre aber da.“ Mit dieser Strategie könnte man viel erreichen.

**S.T.** Ich bin mir auch nicht sicher, wie sichtbar die einzelnen Netzwerke in ihrer Arbeit sind. Das ist sicherlich noch etwas, woran die Netzwerke selbst arbeiten müssen.

**A.B.** Es ist auch etwas schwierig, mit den Netzwerken zusammenzuarbeiten, wenn es nicht feste Strukturen sind. Weil man erst einmal herausfinden muss, wer die entscheidenden Akteure sind.

### **Die Gesellschaft ist aktuell in Bezug auf Themen der Migrationsgesellschaft sehr gespalten. Wie schaffen Sie es, die Themen in Ihrer Partei zu platzieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken?**

**S.T.** Es ist nicht immer einfach, Mitstreiter für seine Themen zu finden. In der Politik ist es wichtig, Mehrheiten durch gute Argumente zu besorgen. Das machen wir, indem wir uns bestimmte Entscheider

in die Runde holen und versuchen, sie von unseren Argumenten zu überzeugen. Wir gehen aber auch in die Breite über die anderen Organisationen und platzieren durch gemeinsame Veranstaltungen oder Einzelpersonen unsere Themen.



### **Können sie ein konkretes Beispiel für ein Thema nennen, dass sie gut platzieren konnten?**

**S.T.** Wirtschaft - manche nennen es „Migrantenökonomie“. Bei uns gibt es die mittelständische Wirtschaftsvereinigung, in deren Bezirksvorstand ich bin. Ich habe dafür gesorgt, dass dieses Thema von einem migrationsspezifischen Thema zu einem Gesamthema wird und migrantische Unternehmer als Potenzial angesehen werden, mit denen man zusammenarbeiten möchte. Ich habe auch geschafft, andere migrantische Unternehmer in der Vereinigung zu platzieren und in den Vorstand wählen zu lassen.

**A.B.** Zunächst ist es wichtig, einzuschätzen, was platziert werden kann. In der großen Koalition ist in der Migrationspolitik auf Bundesebene weniger möglich. Da wissen wir, dass wir als SPD eine Bremsfunktion haben. Da agieren wir dann viel über die Öffentlichkeit. Wir können eine Partei gut bremsen, wenn das öffentliche Bild schlecht wird. Dann gibt es andere Ideen, wie das Partizipationsgesetz, das ja ursprünglich von der Türkischen Gemeinde in Deutschland gefordert wurde. Oder das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz sowie die Staatsangehörigkeitsreform. Das sind alles Themen, wo wir nach vorne gestalten können. Zudem sollte man zunächst die entscheidenden Netzwerke bedienen und diese für Themen sensibilisieren. Und es ist natürlich auch wichtig, eigene Netzwerke zu bilden.

Der letzte Punkt ist Beharrlichkeit. Bis wir das Partizipationsgesetz ins jetzige Wahlprogramm der SPD durchgebracht haben, haben wir fünf Jahre daran gearbeitet. Wir haben es zu jeder Gelegenheit erwähnt. Irgendwann haben die Leute entweder keine Lust mehr darauf, mir zuzuhören oder sie haben es tatsächlich verstanden.

Außerdem müssen die entscheidenden Personen mit Vielfalt in Berührung gebracht werden. Andrea Nahles war z.B. von ihrer Einstellung her eher zurückhaltender, was die Einwanderungsgesellschaft

angeht. Wir haben sie bewusst mit Personen wie Ferda Ataman zusammengebracht. Sie sind zusammen einen Kaffee trinken gegangen, haben sich beraten und haben bis jetzt noch einen guten Draht. Wenn also auch andere Personen und nicht nur Menschen aus dem Netzwerk für Migration mit Führungskräften reden, bringt das sehr viel. Man darf also nicht nur auf die AG für Migration und Vielfalt setzen, sondern muss auch externe Leute in Prozesse einbringen.

**„DAFÜR SIND GUTE KONTAKTE ZWISCHEN UNS POLITIKERN UND DER ZIVILGESELLSCHAFT, WIE DEM KOMPETENZNETZWERK ODER DER BUNDESKONFERENZ DER MIGRANTENORGANISATIONEN EINE GROSSE BEREICHERUNG.“**

Saadettin Tüzün

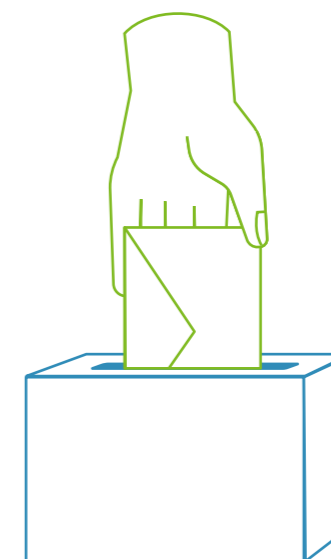


# WER DARF WÄHLEN ✓ - UND WER NICHT? ✗

Wahlberechtigte bei den Wahlen  
zum Deutschen Bundestag

Das allgemeine Wahlrecht ist ein wichtiges Merkmal moderner Demokratien. Für die Bundesrepublik Deutschland ist in Artikel 38 des Grundgesetzes festgehalten, dass Abgeordnete des Deutschen Bundestags in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden.

Doch was bedeutet eigentlich »Allgemein«? Nach der bislang gültigen Rechtsauffassung gibt es jedenfalls einen Unterschied gegenüber »Alle«. Nicht alle Menschen, die in Deutschland leben, sind bei Wahlen auf der Bundesebene wahlberechtigt. Das Aushandeln des Verhältnisses von »Allgemein« zu »Alle« ist Teil des demokratischen Prozesses. Historisch betrachtet ist die gegenwärtige Zahl der Wahlberechtigten sehr hoch. Trotzdem bleibt eine Lücke zwischen »Allgemein« und »Alle«. Diese betrifft etwa ein Viertel der in Deutschland lebenden Menschen.



## 1 DER GESCHICHTLICHE TREND: Immer mehr Menschen dürfen in Deutschland wählen

Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es weltweit viele Regelungen, die Menschen bei Wahlen ausschlossen oder benachteiligten.

Mit dem Merkmal des Geschlechts wurde Frauen die Teilnahme an Wahlen verwehrt. Zudem sorgten Kriterien wie Besitz oder Steuerleistung (Zensuswahlrecht) dafür, große Bevölkerungsgruppen von Wahlen auszuschließen. Verbreitet war auch die unterschiedliche Gewichtung von Wählerstimmen (Klassenwahlrecht, zum Beispiel bei den Wahlen zum preußischen Landtag bis 1918).

Insgesamt wurden Restriktionen im deutschen Wahlrecht weitgehend abgeschafft. Für das Deutsche Reich markierte die Etablierung der Weimarer Republik den Durchbruch: erst die

Einführung des Frauenwahlrechts 1919 machte das Wahlrecht »Allgemein«. Nunmehr konnten sich 58,5 Prozent der Bevölkerung an den Reichstagswahlen beteiligen, statt 21,5 Prozent (1912).

Für die Nachkriegszeit gilt: Bis zu drei Viertel der in Deutschland lebenden Menschen besitzen das Recht, bei Wahlen auf der Bundesebene abzustimmen. Das Kriterium »Allgemein« galt in der Zeit der deutschen Teilung auch für die DDR, die erste freie Wahl fand aber erst nach der Friedlichen Revolution am 18. März 1990 statt.

Aus historischer Perspektive kann gesagt werden: Immer mehr Menschen dürfen in Deutschland wählen. Viele Ausschlusskriterien wurden von engagierten Demokrat\*innen beseitigt.

## 2 WER IST NICHT IM BESITZ DES WAHLRECHTS?

Viele, aber längst nicht alle in Deutschland lebenden Menschen, dürfen wählen. Denn wahlberechtigt ist nur, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

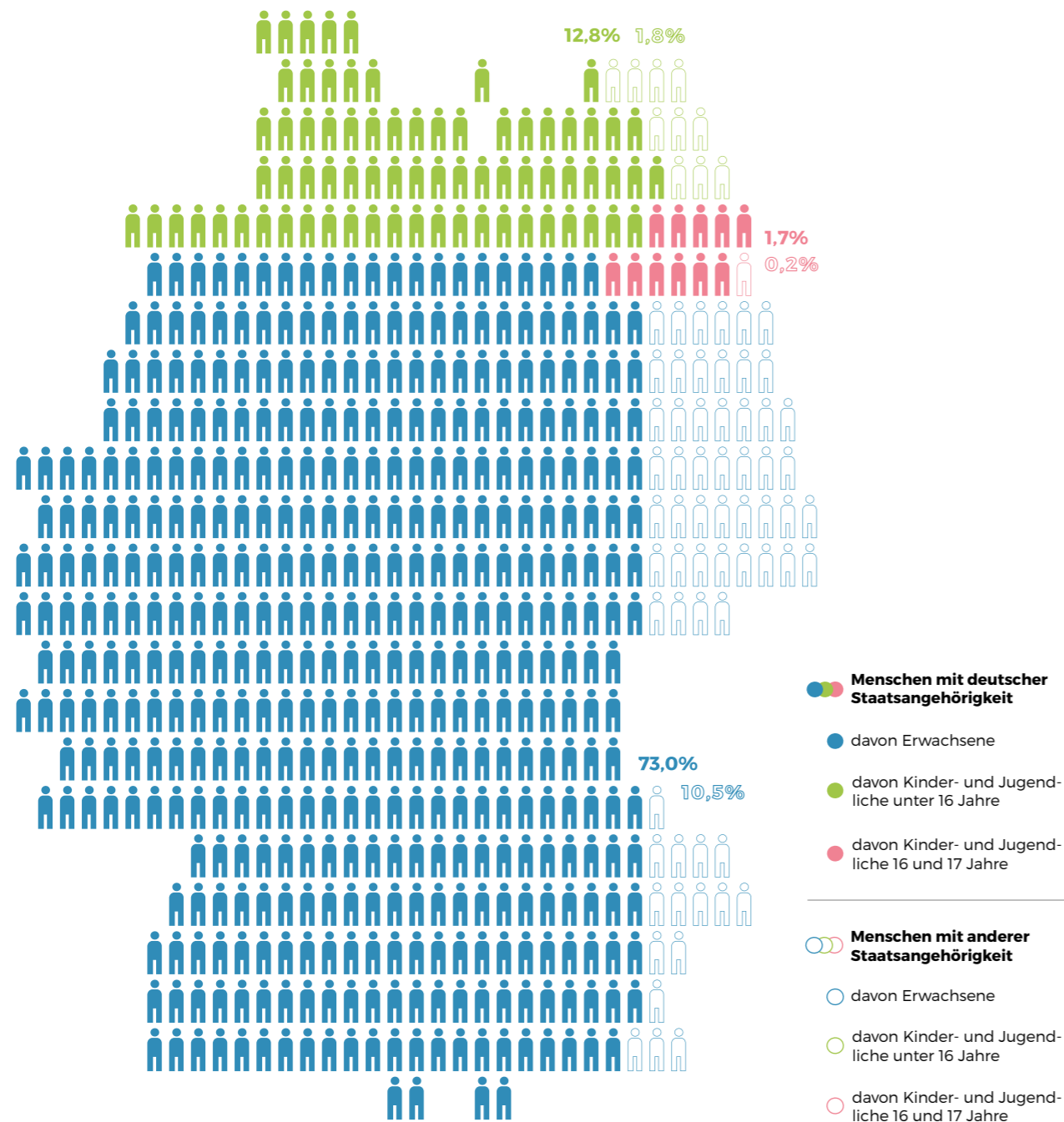


Abb. 1: Bevölkerung Deutschland: Altersjahre, Nationalität. Fortschreibung des Bevölkerungsstands zum 31.12.2019. Quelle: Statistisches Bundesamt, Tabelle 12411-0006.

Diese Einschränkungen führten zum Beispiel bei den Bundestagswahlen 2017 dazu, dass ca. 61,7 Millionen Wähler\*innen ihre Stimme abgeben durften (74,5 Prozent). Im Folgenden wird mit Zahlen zum Bevölkerungsstand Ende 2019 gearbeitet. Demnach sind 73,0 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen wahlberechtigt. Die Diskrepanz zu »Alle« betrug demnach rund 27 Prozent.

## 3 KINDER UND JUGENDLICHE SIND NICHT WAHLBERECHTIGT

Die größte Gruppe, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht wahlberechtigt ist, sind **Kinder und Jugendliche: insgesamt 13.677.902** Menschen, 16,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Zum Wählen, so die gesetzliche Regelung, ist ein Mindestalter erforderlich.

Die Altersgrenze für die Teilnahme bei Wahlen ist allerdings kein naturgegebener Wert, vielmehr Ergebnis politischer Entscheidungen. Im Deutschen Kaiserreich waren nur über 25jährige, in der Weimarer Republik und frühen Bundesrepublik nur über 21-Jährige wahlberechtigt. **Seit den Bundestagswahlen 1972 darf ab 18 Jahren gewählt werden** (Bundeszentrale für politische Bildung 2020). In der DDR wurde 1974 ebenfalls das Wahlalter abgesenkt.

Weltweit liegt das Wahlalter meistens bei 18 oder 20 Jahren. Es gibt aber einige Länder in Lateinamerika, in denen Jugendliche schon

ab 16 Jahren an nationalen Wahlen teilnehmen dürfen. In Deutschland leben immerhin 1.529.820 Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren. Die Mehrzahl von ihnen besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.

**Eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre würde die Anzahl der Wahlberechtigten um 1.376.035 steigern. Der Anteil der Wahlberechtigten auf der Bundesebene würde damit von 73,0 Prozent auf 74,7 Prozent erhöht.**

Für die Veränderung des Wahlalters wäre eine Grundgesetzänderung von Artikel 38 erforderlich. Falls dieser Weg beschritten werden sollte, wäre es zweckmäßig, damit eine Diskussion über das Alter der Volljährigkeit zu verbinden, damit Wahlrecht, Geschäfts- und Deliktfähigkeit in einem zeitlichen Zusammenhang stehen.

## 4 OHNE DEUTSCHE STAATSANGEHÖRIGKEIT BESTEHT KEIN WAHLRECHT

Die zweitgrößte Gruppe derer, die nicht das Wahlrecht besitzen, sind Menschen in Deutschland **ohne deutsche Staatsangehörigkeit, insgesamt 10.398.022 Personen<sup>1</sup>**, die unterschiedlich lang in Deutschland leben. 8.735.843 von ihnen sind volljährig, das heißt sie erfüllen das für die Teilnahme an Wahlen erforderliche Mindestalter. Die Koppelung des Wahlrechts an die Staatsangehörigkeit sorgt aber dafür, dass sie nicht wahlberechtigt sind. **Dies betrifft immerhin 10,5 Prozent der Gesamtbevölkerung.**

Im historischen Rückblick ist die Frage, wer zu den Staatsangehörigen und wer zur Wohnbevölkerung gehört, von eher geringer Bedeutung. Denn die Anzahl von Nicht-Staatsbürger\*innen, die sich dauerhaft in Deutschland aufhielt, war viel geringer und lag zum Beispiel 1925 nur bei 1,5 Prozent. Der Zuzug von Menschen, die durch Arbeitsmigration nach Deutschland kamen, sorgte in den sechziger Jahren dafür, dass sich der Anteil der »Ausländer\*innen« an der Gesamtbevölkerung auf 4,5 Prozent erhöhte. 1996 besaßen 9,1 Prozent der in Deutschland Lebenden nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, 2019 waren es 12,5 Prozent.

<sup>1</sup> Erstaunlicherweise gibt es gar keine eindeutige Zahl, wie viele »Ausländer\*innen« in der Bundesrepublik Deutschland leben. Nach dem »Mikrozensus« lebten 2019 rund 10,1 Millionen ausländische Staatsbürger\*innen in Deutschland. Die »Bevölkerungsfortschreibung« zählte 10,4 Millionen Menschen. Das »Ausländerzentralregister« beziffert 11,4 Millionen Ende 2020. Die letztere Zahl scheint aber nach Einschätzung von Fachleuten zu hoch angesetzt zu sein. Vgl. Mediendienst Integration, Bevölkerung, in: mediendienst-integration.de, Abruf 17.06.2021.

Das Bundesverfassungsgericht entschied 1990, dass das »Staatsvolk« ausdrücklich über das Kriterium der Staatsangehörigkeit definiert ist. Ein generelles »Ausländerwahlrecht« ist mit diesem Stand der Rechtsprechung unvereinbar (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags 2018). Initiativen zur Erweiterung des Wahlrechts bedürfen nach dem aktuellen Stand der Rechtsprechung einer Änderung des Grundgesetzes.

Weltweit ist die Position, rechtliche Unterschiede zwischen Menschen zu machen, die die Staatsangehörigkeit des eigenen Landes besitzen und solchen, die eine andere haben, der Regelfall: die »In-Group« mit Staatsangehörigkeit besitzt das Wahlrecht. Für die »Out-Group« »Ausländer\*innen« gibt es dagegen unabhängig von der Dauer, in der sich die betreffenden Personen schon im Land aufhalten, kein Wahlrecht. Voraussetzung für das Wahlrecht ist die Staatsangehörigkeit, die wiederum teilweise an die Dauer des ständigen Aufenthalts gebunden ist.

Nur wenige Staaten machen das anders. Weltweit binden vier Länder das Wahlrecht an eine bestimmte Residenzdauer: in Uruguay sind es 15 Jahre, in Malawi sieben, in Chile fünf. Die weitestgehende Regelung hat Neuseeland: Seit 1975 dürfen dort Ausländer\*innen nach zwei Jahren Aufenthalt an den Wahlen auf nationaler Ebene teilnehmen.

**Für die Bundesrepublik Deutschland ist zum jetzigen Zeitpunkt die Staatsangehörigkeit weiterhin der Dreh- und Angelpunkt für das Wahlrecht.**

Die Anzahl der Menschen, die die Einbürgerungskriterien erfüllen, ist statistisch schwer zu erfassen. Um überhaupt einen Anhaltspunkt zu haben, bedient sich das Statistische Bundesamt einer Hilfskonstruktion. Die vereinfachende Annahme ist, dass Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die seit mehr als zehn Jahren in Deutschland leben, bestimmt die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen. Hierbei handelt es sich um eine ganz erhebliche Anzahl: laut dem »Ausländerzentralregister« sind das 4.984.795 Menschen (Statistisches Bundesamt

2020). Damit sind wahrscheinlich mehr als 44 Prozent der Menschen, die ohne die deutsche Staatsangehörigkeit in Deutschland leben, einbürgerungsberechtigt. Doch die Einbürgerungszahlen der letzten Jahre sind nicht besonders hoch. In der amtlichen Statistik gibt es die seltsame Bezeichnung »ausgeschöpftes Einbürgerungspotential«. Dieses betrug 2,5 Prozent bis Ende 2019. 97,5 Prozent der Menschen, die die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen, wurden also nicht eingebürgert bzw. haben sich nicht einbürgern lassen (Statistisches Bundesamt 2021). Eine Erhöhung der Einbürgerungszahlen würde aber dazu führen, dass sich die Zahl der Wahlberechtigten der der Wohnbevölkerung weiter annähert.

**Wahrscheinlich erfüllen 44 Prozent der in Deutschland lebenden Ausländer\*innen die Einbürgerungskriterien und sind volljährig. Würden sie alle eingebürgert, würde sich die Anzahl der Wahlberechtigten um fast 5 Millionen Menschen steigern. Der Anteil der Wahlberechtigten auf der Bundesebene würde damit von 73,0 Prozent auf bis zu 79,0 Prozent erhöht.**

Jenseits der durch die Staatsangehörigkeit gesetzten Grenzen beim Wahlrecht auf Bundesebene gibt es festgeschriebene Mitwirkungsmöglichkeiten für Staatsangehörige aus EU-Staaten. Die weitgehende Angleichung der Rechtsverhältnisse von deutschen Staatsangehörigen und EU-Bürger\*innen mag dazu führen, dass keine Notwendigkeit zur Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft gesehen wird, denn für diese Gruppe sind die Einbürgerungsquoten sehr gering. Der EU-Austritt Großbritanniens bestätigt dies: nunmehr beantragte eine größere Anzahl von Menschen aus dem Vereinigten Königreich, die dauerhaft in Deutschland leben, die Einbürgerung.

EU-Angehörige haben seit 1992 die Möglichkeit, an den Kommunalwahlen teilzunehmen – nicht aber bei Landtags- oder Bundestagswahlen. Damit ist formale politische Partizipation für eine nicht unerhebliche Gruppe von Ausländer\*innen in Deutschland möglich: auf der unmittelbaren Ebene ihres Wohnumfelds.

**4.180.970 in Deutschland lebende Erwachsene haben Pässe von EU-Staaten.** Dies bedeutet, dass der Anteil der Wahlberechtigten auf der kommunalen Eben um fünf Prozent höher ist als bei Wahlen auf der Bundesebene.

Deutlich wird damit auch, dass eine Diskrepanz zwischen der Herkunft aus EU-Staaten und anderen Ländern (oft als »Drittstaaten« bezeichnet) besteht. Die einen besitzen das Wahlrecht auf

der kommunalen Ebene und für das EU-Parlament, die anderen haben nur sehr eng eingegrenzte Mitwirkungsmöglichkeiten im politischen System, wie zum Beispiel in Parteien oder durch die Berufung in ein kommunales Gremium als sachkundige Einwohner\*innen einer Gemeinde. Für »Drittstaatenangehörige« führt bislang kein Weg außerhalb der Einbürgerung zu einem Wahlrecht.

## 5 INTERNATIONALE EINORDNUNG des Anteils an Wahlberechtigten

Ein Blick auf internationale Zahlen macht deutlich, dass der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung schwerlich als Kriterium für ein internationales »Demokratie-Ranking« taugt. Dem Wert 100 Prozent (= »Alle«) nähert sich von den ausgewählten Ländern insbesondere Ungarn mit 84,5 Prozent an. In Neuseeland, wo nach einer relativ kurzen Residenzzeit auch Nicht-Staatsangehörige an den nationalen Wahlen teilnehmen dürfen, beträgt der Anteil der Wahlberechtigten dagegen nur 71,0 Prozent.

Die Unterschiede zwischen den Ländern resultieren aus zwei Faktoren:

- der Alterszusammensetzung der Bevölkerung und
- der Zahl der Menschen, die im Land leben, ohne im Besitz der jeweiligen Staatsangehörigkeit zu sein.

Überspitzt kann gesagt werden: je geringer der Anteil von Kindern und Jugendlichen in einem Land ist und je weniger Ausländer\*innen dort leben, desto höher ist der Anteil der Wahlberechtigten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Ohne Berücksichtigung von Demographie und Staatsangehörigkeit sind die jeweiligen Anteile der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung

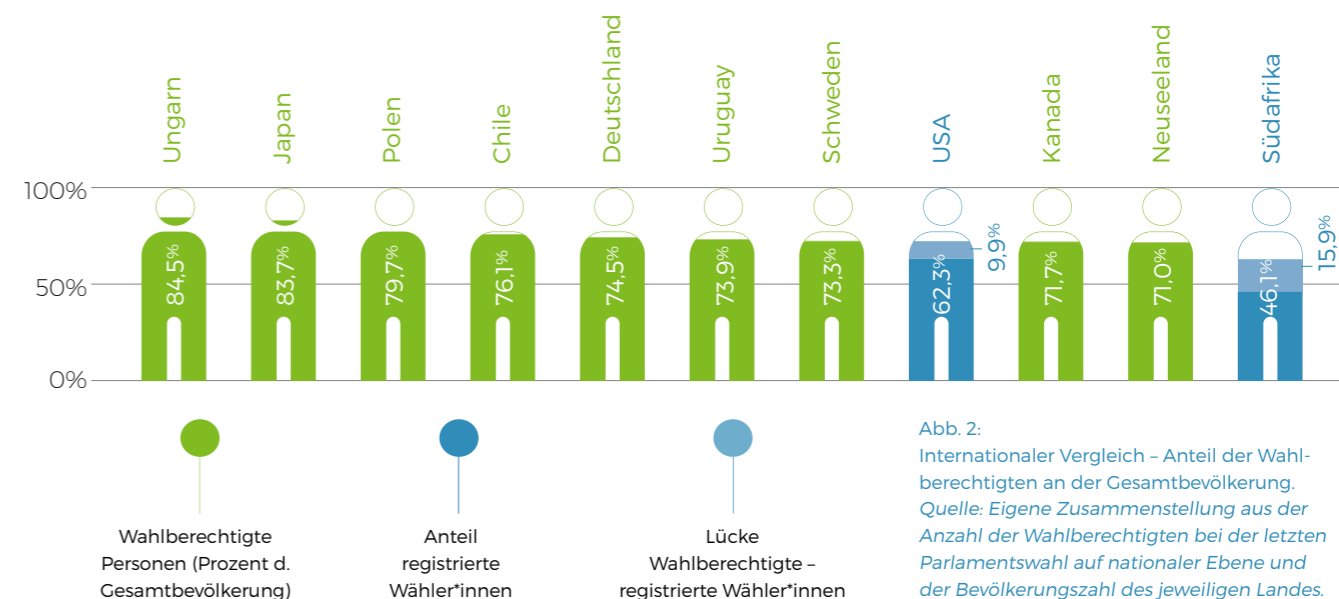


Abb. 2: Internationaler Vergleich – Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung. Quelle: Eigene Zusammenstellung aus der Anzahl der Wahlberechtigten bei der letzten Parlamentswahl auf nationaler Ebene und der Bevölkerungszahl des jeweiligen Landes.

kaum international zu vergleichen und zu bewerten.

Bei der Analyse muss zudem berücksichtigt werden, dass es in manchen Ländern einen Unterschied zwischen den formell Wahlberechtigten und den registrierten Wähler\*innen geben kann. Zwar sind in den USA 72,2 Prozent der Bevölkerung wahlberechtigt. Doch weil vor dem Wahlakt die Einschreibung in ein Wahlregister vorgeschrieben ist, reduzierte sich bei den letzten

Wahlen zum Repräsentantenhaus die Anzahl der Stimmberechtigten – den registrierten Wähler\*innen – auf 62,3 Prozent. Fast zehn Prozent der Bevölkerung wären zwar wahlberechtigt gewesen, konnten oder wollten den Akt der Registrierung aber nicht bewältigen oder auf sich nehmen. Dies zeigt: Eine vorgeschaltete Registrierung führt nicht de iure, aber de facto zu einer relevanten Einschränkung der Wahlberechtigten.

## 6 SCHLUSSFOLGERUNGEN für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

Immer wenn sich Bundestagswahlen nähern, gibt es den Appell, wählen zu gehen. Unbegründet ist dies nicht, denn die **Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2017 betrug 76,2 Prozent**. Fast ein Viertel aller Wahlberechtigten verzichtete auf den möglichen Urnengang oder die Briefwahl, bzw. setzte mit der Nichtbeteiligung ein Statement.

Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen steht in Bezug auf die Bundestagswahlen vor einem Paradoxon: Jüngere sollen dazu befähigt werden, sich eine politische Meinung zu bilden und sich im Sinne des Grundgesetzes zu engagieren. Bis sie 18 Jahre alt sind, bleibt ihnen aber ein entscheidende Teilhabemöglichkeit, das Wahlrecht, verwehrt. Die konkrete Anwendbarkeit eines Teils der Bildungsinhalte wird auf die Zukunft vertagt.

Dies ist ein Grundwiderspruch. Dass manche Jugendliche wie auch Ältere diesen Widerspruch deutlich machen, ist legitim und wichtig in einer Demokratie.

Der Grundwiderspruch ist auch ein gutes Lernobjekt, um sich mit Mehrdeutigkeiten auseinanderzusetzen. So ist das bestehende Wahlrecht einerseits selbst Ergebnis demokratischer Prozesse. Andererseits enthält dieses Wahlrecht bestimmten Gruppen entscheidende Rechte vor. Solche

Widersprüche auszuhalten und produktiv damit umzugehen, wird in der politischen Bildung auch als **Ambiguitätstoleranz** bezeichnet.

In der Bildungsarbeit könnte es zielführend sein, zu thematisieren, dass es trotz der Alterseinschränkung bei Bundestagswahlen weitere politische Teilhabemöglichkeiten gibt: in den meisten Bundesländern dürfen 16jährige bei Kommunalwahlen wählen, in vier auch bei Landtagswahlen. Auch die Mitgliedschaft in Parteien oder deren Jugendorganisationen ist ohne Volljährigkeit möglich.

Entscheidend ist: es gibt einen Automatismus, nachdem das Wahlrecht bei einem bestimmten Alter eintritt, ohne dass eigene Schritte unternommen werden müssen.

Dies ist ein fundamentaler Unterschied der Gruppe der unter 18jährigen zu denjenigen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Auch das 2005 veränderte Staatsangehörigkeitsgesetz beinhaltet eine Bewerbung um die Staatsangehörigkeit, die individuell gestellt werden muss und eine staatliche Prüfung, ob ein Einbürgerungsanspruch besteht. Dies unterscheidet sich deutlich von einem Automatismus, wonach bei Erfüllung bestimmter Kriterien automatisch die Staatsangehörigkeit und damit auch das Wahlrecht vergeben werden.

In jeder Form der Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen werden immer auch solche mit am Tisch sitzen, die im familiären Kontext die Erfahrung gemacht haben, dass es keinen Automatismus der Angleichung der Rechte gibt. Deshalb muss es Raum für die Schilderung dieser Familiennarrative geben; dafür, welche mentalen Auswirkungen es hat, wenn bestimmte Rechte nur auf der Grundlage eines Antrags- und Prüfweges vergeben werden. Zugleich können Erfahrungen von Menschen eingebracht werden, die sich bewusst für die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden haben, zum Teil auch deshalb, weil ihnen das Wahlrecht so wichtig war.

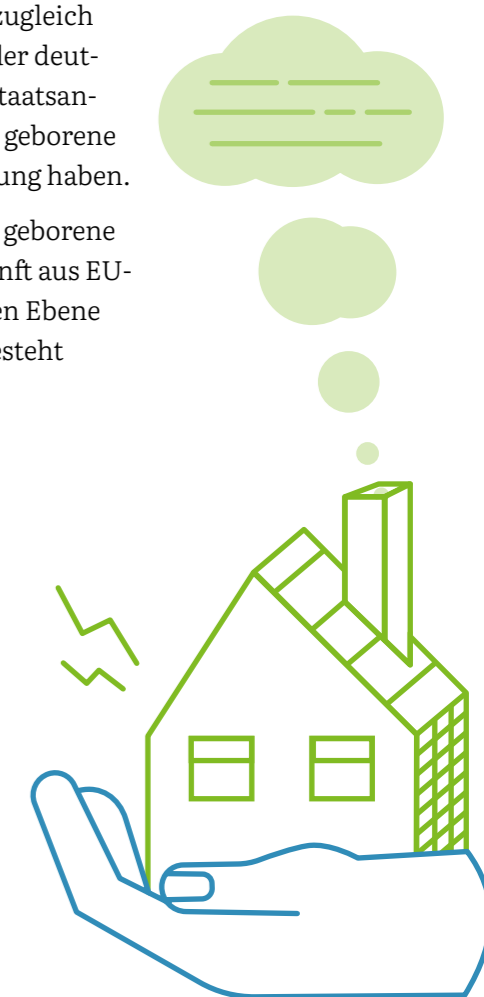
**Für Kinder und Jugendliche, deren Eltern nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sollte ganz konkret besprochen werden, welche rechtlichen Folgen sich in Bezug auf die Staatsangehörigkeit und das Wahlrecht ergeben.** Denn bei in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kindern und Jugendlichen nähert sich das Ganze seit 2014<sup>2</sup> einem Automatismus an. Zwar gibt es gewisse Kriterien, doch zugleich entfällt nunmehr die Entweder-Oder-Entscheidung zwischen der deutschen und der ausländischen Staatsangehörigkeit der Eltern. Staatsangehörigkeit beinhaltet auch Wahlrecht, so dass in Deutschland geborene Kinder hier eine Perspektive auf eine volle rechtliche Gleichstellung haben.

Komplizierter stellt sich die Situation für nicht in Deutschland geborene Kinder und Jugendliche dar. Hier eröffnet sich bei einer Herkunft aus EU-Staaten zumindest die Teilhabe an Wahlen auf der kommunalen Ebene und zum Europaparlament. Diese automatische Perspektive besteht nicht für Jugendliche, die aus Nicht-EU-Staaten stammen.

**So kann sich im Vorfeld von Bundestagswahlen in einer Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe Folgendes abspielen:** Jugendliche sitzen an einem Tisch. Die einen stellen fest, dass sie an dieser Wahl noch nicht teilnehmen dürfen, weil sie noch nicht 18 Jahre alt sind. Die anderen berichten davon, dass ihre Eltern nicht wählen dürfen, obwohl sie schon lange in Deutschland leben. Manche werden sagen, dass sie bei der nächsten Bundestagswahl sowohl einen deutschen Pass als auch einen solchen aus dem Herkunftsland der Eltern haben werden und deshalb wählen dürfen. Und andere werden deutlich machen, dass sie keine Hoffnung haben, die deutsche Staatsangehörigkeit – und damit auch das Wahlrecht – jemals zu erlangen.

**„JUGENDSOZIALARBEIT SOLLTE DAFÜR SORGEN, DASS JUGENDLICHE EINEN RAUM FINDEN, WO SIE BEDÜRFNISSE, SORGEN, WÜNSCHE ABER AUCH WUT IN BEZUG AUF DIE UNTERSCHIEDE BEIM WAHLRECHT ZUR SPRACHE BRINGEN KÖNNEN.“**

<sup>2</sup> Seit dem 20. Dezember 2014 können Kinder ausländischer Eltern beide Staatsangehörigkeiten behalten, wenn sie hier aufgewachsen sind. Nur wer nicht hier aufgewachsen ist, muss sich nach Vollendung des 21. Lebensjahres grundsätzlich zwischen der deutschen und der ausländischen Staatsangehörigkeit entscheiden.



## 7 FAZIT

Die Ausgestaltung des »allgemeinen Wahlrechts« ist kein Naturgesetz, sondern Gegenstand von Aushandlungsprozessen.

Der Blick zurück zeigt, dass eine Ausweitung des Wahlrechts auf sehr große Teile der Bevölkerung gelingen konnte. Und doch bleibt eine Lücke: zwischen »Allen« und den rund 73 Prozent, die die Möglichkeit haben, auf Bundesebene zu wählen. Ist der Idealzustand die Messlatte, fallen vor allem Defizite ins Auge. In der vergleichenden Perspektive wird akzentuiert, dass es Möglichkeiten der Weiterentwicklung und Erweiterung gibt. Weltweit verbreitet sind Ausschlussregelungen nach Kriterien von Alter und Staatsangehörigkeit. Es ist das eine, diese Entscheidungen als demokratisch getroffen zu respektieren. Das Andere aber ist das Wissen, dass Regelungen in demokratischen Prozessen geändert werden können. Bei dieser Blickweise fällt auf, dass es Möglichkeiten gibt, die zu einer weiteren Erhöhung der Wahlberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland führen können: Dies könnten zum einen die Absenkung des Wahlalters, zum anderen höhere Einbürgerungszahlen sein.

Für das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft fällt ein entscheidender Unterschied bei den Ausschlusskriterien Alter und Staatsangehörigkeit auf: Während Älterwerden ein Automatismus ist, der für Jüngere unweigerlich in das Wahlrecht münden wird, ist der Fall für Nicht-deutsche-Staatsangehörige anders gelagert. Die Staatsbürgerschaft kann nur auf eigenen Antrag nach einem strengen Prüfverfahren erlangt werden. Ein solches Verfahren führt unweigerlich dazu, dass weniger Menschen ihre Rechte wahrnehmen.

Es gibt fast fünf Millionen Menschen, die seit mehr als zehn Jahren in Deutschland leben, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen. Der Zwischenschritt der Antragstellung und Prüfung zur Einbürgerung sorgt mit dafür, dass das bestehende »Einbürgerungspotential« bislang

kaum ausgeschöpft wird. Das bisherige Staatsangehörigkeitsrecht nimmt bewusst in Kauf, dass es eine Lücke zwischen der Anzahl derjenigen gibt, die formal die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen und denen, die die Einbürgerung beantragen.

Bis jetzt gibt man den Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft das Signal, dass sie erst dazugehören und mitbestimmen dürfen, wenn sie einen Antrag auf »Zugehörigkeit« gestellt haben, der geprüft wurde. Zukünftig könnte durch eine Gesetzesänderung klar definiert werden, dass eine bestimmte Wohndauer automatisch zur Einbürgerung und damit »Dazugehörigkeit« mit allen politischen Rechten führt. so würde auch der Anteil der Wahlberechtigten in Deutschland erhöht werden.

Allgemeines Wahlrecht bedeutet nicht zwangsläufig Wahlrecht für »Alle«. Gleichberechtigte Teilhabe und Repräsentanz bedeutet nicht zwangsläufig, die Beteiligung Aller in allen Prozessen und Entscheidungen. Dieser Grundwiderspruch ist kaum vollständig zu lösen.

Eine Demokratie ist aber in der ständigen Herausforderung, sich weiterzuentwickeln. In Migrationsgesellschaften gehört dazu, die Potentiale der diverser werdenden Wohnbevölkerung bewusst aufzugreifen und unterschiedliche Sichtweisen und Erfahrungen zu nutzen, gerade auch bei den Wahlen. Die Beispiele Alter und Staatsangehörigkeit zeigen, dass Verlässlichkeit, automatisch nach bestimmten Kriterien wahlberechtigt zu werden, nur für Kinder und Jugendliche besteht. Für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit gibt es keinen vergleichbaren Automatismus.

Dieser sollte auf die politische Agenda gesetzt werden. Wem dieses Anliegen wichtig ist, muss Verbündete und Mehrheiten suchen und finden, damit Änderungen parlamentarisch beschlossen werden können.

## DIE AUSGESTALTUNG DES »ALLGEMEINEN WAHLRECHTS« IST KEIN NATURGESETZ, SONDERN GEGENSTAND VON AUSHANDLUNGSPROZESSEN.



## QUELLEN

**Bundeszentrale für politische Bildung,** Vor 50 Jahren. Wahlrecht für 18-jährige, in: bpb.de, 17.6.2020, Abruf 17.06.2021, <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/311559/vor-50-jahren-wahlrecht-fuer-18-jaehrige>.

**Eurostat, Europäische Union:**

Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung in den EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2020, in: Statistisches Bundesamt, April 2021, Abruf , 25.06.2021, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/73995/umfrage/auslaenderanteil-ander-bevoelkerung-der-laender-der-eu27/>

**Mediendienst Integration, Bevölkerung,**

in: mediendienst-integration.de, Abruf 17.06.2021, <https://mediendienst-integration.de/migration/bevoelkerung.html>.

**Pinker, Steven** (2018), Aufklärung jetzt. Für Vernunft, Wissenschaft, Humanismus und Fortschritt, Frankfurt/M..

**Prantl, Heribert,** Wahlrecht hinter Gittern, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. August 2012, Abruf 17.06.2021, <https://www.sueddeutsche.de/politik/deutsches-strafrecht-wahlbuerger-hinter-gittern-1.1442183>.

**Statistisches Bundesamt** (Hg.) (2020), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2019 (= Fachserie 1, Reihe 2), Frankfurt am Main, S. 86-87, Abruf 25.06.2021, [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/auslaend-bevoelkerung-2010200197004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/auslaend-bevoelkerung-2010200197004.pdf?__blob=publicationFile).

**Statistisches Bundesamt** (2021), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Einbürgerungen (= Fachserie 1, Reihe 2.1), Frankfurt/M., S. 13, Abruf 29.06.2021, [https://www.destatis.de/DE/Service/Bibliothek/\\_publikationen-fachserienliste-1.html](https://www.destatis.de/DE/Service/Bibliothek/_publikationen-fachserienliste-1.html).

**Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags,**

Sachstand: Wahlrecht für Ausländer auf nationaler Ebene, WD 3 - 3000 - 253/18, 2018, in: bundestag.de, Abruf 25.06.2021, <https://www.bundestag.de/resource/blob/568068/52d8625158dca3941073a45eeead-be35/WD-3-164-18-pdf-data.pdf>.



# KINDER- UND JUGENDHILFE



EIN BEITRAG  
DES BUNDESVERBANDES  
RUSSISCHSPRACHIGER  
ELTERN E.V.

Text  
YULIA GRISHAKOV

## DIVERSITÄTS- ORIENTIERTE INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER KINDER- UND JUGENDHILFE

Für den Beitrag wurden 3 Jugendämter deutschlandweit mit der Bitte um ein Interview zum Thema „Diversitätsorientierte interkulturelle Öffnung der Kinder- und Jugendhilfe“ angeschrieben. Es wurden Fragen zum Interview im Voraus gesendet. Es hat sich eine Jugendamtsmitarbeiterin bereit erklärt, mit uns darüber zu sprechen. Es entstand ein 40-minütiges Interview in anonymisierter Form, da die Mitarbeiterin ihren Namen nicht nennen wollte. Das Interview diente zum Teil für die Analyse des dargestellten Beitrages.

Der ständige Wandel der Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten so stark intensiviert, dass die Vielfalt von Menschen, ihren Lebensformen, neuen Familienkonstellationen, sexuellen Orientierungen und Weltanschauungen sich nicht mehr leicht leugnen lassen können. Gleiche Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen mit ihren Unterschiedlichkeiten und verschiedenen Ansichten und Orientierungen, unterschiedlichen (Mutter-)Sprachen, aber auch mit Gemeinsamkeiten, bedeutet Diversität. Diversitätsorientiert handeln bedeutet, bewusst, aktiv, reflexiv und strategisch daraufhin zu wirken, Chancengleichheit aller zu stärken und Diskriminierung abzubauen. Diversitätsbewusste Handlung und Orientierung gehören unmittelbar zum gesellschaftlichen Auftrag, unverzichtbar sind sie vor allem für die Einrichtungen der freien Kinder- und Jugendhilfe (KJH) und unerlässlich für die Träger der öffentlichen Jugendhilfe.



**„Jeder Mensch hat ein Recht auf Förderungen seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“**, steht im ersten Kapitel, § 1, SGB VIII.

Ein weiterer Ansatz der Diversitätsorientierung ist die interkulturelle Öffnung. Dieser Ansatz nimmt die Dimensionen der Kultur, Sprache und der Herkunft der Menschen stärker in den Blick. Warum sind die interkulturelle Ausrichtung und vor allem Öffnung der Organisationen, Institutionen und Einrichtungen der freien und öffentlichen KJH so wichtig? Kinder und Jugendliche mit einer Migrationsgeschichte partizipieren nicht gleichwertig und nicht gleichberechtigt an den Angeboten der KJH, so

Frau Professorin Boos-Nünning (2009: 1). Das liegt zum einen an den fehlenden oder geringen Sprachkenntnissen des Deutschen bzw. am überwiegenden Gebrauch der Muttersprachen in den Familien. Zum anderen werden in der Öffentlichkeit die Folgen von Einwanderung negativ dargestellt und fördern somit oft das Zustandekommen des defizitären Blicks der Sozialarbeit auf die Menschen mit einer Migrationsgeschichte: eingewanderte Familien und ihre Kinder werden als hilfebedürftige Sondergruppe, die sich durch nicht ausreichende Sprachkenntnisse im sozialen Raum nicht zurechtfinden, definiert. Deren vorhandenen Potenziale gehen mit dem defizitären Blick oft unter (ebd.: 5f.).

Das Bundesjugendkuratorium (BJK) in seiner Stellungnahme zu Jugendhilfe und Migration (2013: 40f.) fordert eine weitere und gründlichere Konkretisierung der Heterogenität von Menschen mit einer Migrationsgeschichte in den Handlungsanforderungen der Kinder- und Jugendhilfe.



**Solche Dimensionen wie „Herkunftsland, die Zuwanderungsgeneration, das Geschlecht oder die regionale Lebenswelt der Familien und ihrer Kinder sollen mit in die Analyse einfließen“** (ebd.).

Diversitätsorientierte und vor allem interkulturelle Öffnung muss und kann gelernt werden. Konkret heißt das, dass die Träger der freien und öffentlichen KJH, Institutionen und Einrichtungen ihre Angebote dem gesellschaftlichen Wandel und den sich verändernden Bevölkerungsgruppen anpassen müssen, so BJK. Hemmnisse und Vorbehalte sollen auf beiden Seiten, sowohl auf der Institutionsseite als auch auf der Seite der Menschen mit Migrationsgeschichte, abgebaut werden.

**Dabei muss auf vier Ebenen angesetzt werden, damit die interkulturelle Öffnung gelingen kann** (ebd.: 45f.):

► Auf der **Organisations- und Leitungsebene** ist die Leitung gewillt und bereit, die interkulturelle Öffnung zu fördern und zu stärken. Am Beispiel der Arbeit des Jugendhilfeausschusses, der sich mit folgenden Aufgaben befasst, ist die Wichtigkeit der interkulturellen Öffnung deutlich: mit der Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien sowie mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe, der Jugendhilfeplanung und der Förderung der freien Jugendhilfe (§ 71 Abs. 2 SGB VIII).

Er ist „ein Gremium der Kommunikation, der Verteilung von Zuschüssen, der Planung und der anwaltlichen Vertretung junger Menschen. Er hat die Chance, Dreh- und Angelpunkt der Jugendhilfe zu sein; ob er es tatsächlich ist, hängt von der Initiative seiner Mitglieder ab“ (Kunkel/Keper/Pattar).

► Auf der **Personalebene** sind eine gezielte Schulung und Sensibilisierung des Fachpersonals in Interkulturalität und eine bewusste Öffnung für Beschäftigte mit eigener Migrationsgeschichte nötig. Das Fachkräftebarometer Frühe Bildung (2019: 106) zeigt, dass der **Anteil der Erwerbstätigen in der Frühen Bildung mit Migrationshintergrund seit 2012 von 11,4% auf 13,1% angestiegen ist**, der Anstieg ist jedoch geringfügig. Der Akademiker\*innenanteil der Migrant\*innen in der Frühen Bildung ist

hingegen überdurchschnittlich hoch, was mit möglicher Anerkennungsschwierigkeit der ausländischen Abschlüsse für eine ausbildungsrelevante Beschäftigung in der Frühen Hilfe zu tun hat. Auch viele Migrant\*innenselbstorganisationen fordern den gezielten Einsatz des (Fach-)personals mit Migrationsgeschichte, zum Beispiel als Kulturmittler\*innen, im sozialen und interkulturellen Bereich.

► Auf der **Angebotsebene** sind die Angebote niedrigschwellig angelegt, in einer verständlichen Sprache vorhanden und sozialraumorientiert.

► Auf der **Ebene der Kooperation** mit Migrant\*innenselbstorganisationen, neuen deutschen Organisationen u.a. ist die interkulturelle Öffnung gezielt voranzutreiben. Viele Migrant\*innenverbände, wie der Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V., kooperieren eng mit unterschiedlichen Ministerien, Stiftungen und Ämtern, bieten interkulturelle Schulungen und Seminare an, fordern und fördern gezielte Partizipation der Menschen mit einer Migrationsgeschichte an politischen, sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Prozessen in Deutschland. Bezogen auf diese vier Ebenen stellt das BJK fest, dass die interkulturelle Öffnung in Deutschland noch sehr stark aufbau- und förderfähig ist (ebd.: 46) aber, meiner Meinung nach, bereits auf dem guten Weg.

**Zu benennen sind folgende Projekte und das Integrationskonzept der Stadt Dresden für eine gelingende diversitätsorientierte und interkulturelle Öffnung:**

► **Das Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V.** fokussierte sich in dem bereits durchgeführten Projekt „Interkulturelle Öffnung der Jugendhilfe – Qualität sichern, Teilhabe ermöglichen“ (2018-2020) in erster Linie auf **Diversity-Sensibilisierung der Jugendamtsmitarbeiter\*innen** als Voraussetzung für interkulturelle Öffnungsprozesse in den Jugendämtern im Kontext von

Machtstrukturen als auch auf die Auseinandersetzung mit eigenen Vorurteilen, weißen Flecken und „falsch aufgesetzten Brillen“ sowie auf die Aneignung von Wissen über verschiedene Formen von Diskriminierungen.

► Eine gelungene und gelingende interkulturelle Öffnung stellt **das Integrationskonzept 2015-2020 der Stadt Dresden**

dar. Im Handlungsfeld „Kinder- und Jugendhilfe“ kam der Stadtverwaltung und konkret dem Jugendamt eine Aufgabe zu, Menschen mit einer Migrationsgeschichte und zugewanderten Menschen den **gleichberechtigten Zugang zu allen Angeboten und Dienstleistungen zu ermöglichen**, ohne Zugangsbarrieren, und dabei die vielfältigen Lebenslagen der Klient\*innen noch besser zu analysieren und zu berücksichtigen. Der Aufbau einer systematischen Zusammenarbeit mit den Migrant\*innenselbstorganisationen und den im Sozialraum agierenden Akteur\*innen, die sich für Kinder und Jugendliche engagieren, gehörte zu den Kernaufgaben der Jugendämter **für eine gelingende interkulturelle Öffnung**. In Dresden gibt es mehr als 40 Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Es erscheint daher sehr wichtig, der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den nächsten Jahren genügend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um allen Menschen unabhängig von Geschlecht, Religion, Herkunft und sozialem Status ein chancengleiches Leben, gerechte Bildung und Erziehungsförderung zu ermöglichen (ebd.: 67f.). Laut dem

Integrationskonzept werden die Herausforderungen der nächsten Jahre darin bestehen, „eine ausreichende finanzielle Unterstützung der Angebote im Bereich der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien zu gewährleisten, Kindern, Jugendlichen und Familien mit Migrationshintergrund den Zugang zu allen Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu ermöglichen, eine Ursachenanalyse bei den Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit, innerhalb derer die Zielgruppe bisher kaum vertreten ist, einzuleiten, um Zugangshemmnisse zu identifizieren sowie abzubauen und interkulturelle Öffnungsprozesse zu befördern, die konzeptionelle Weiterentwicklung der bestehenden Angebote und deren aktive Gestaltung weiter zu unterstützen, die fachlichen Ansätze zur Förderung von Handlungskompetenz, Selbstwirksamkeit sowie Eigenverantwortung von zugewanderten Kindern, Jugendlichen und deren Eltern weiterzuentwickeln und die Arbeit mit Migrant\*innenorganisationen und im Stadtteil tätigen integrationsrelevanten Akteur\*innen auszubauen“ (ebd.: 68).

## QUELLEN

**Analyse der kommunalen Handlungsfelder in Vorbereitung des „Aktionsplans Integration 2021 bis 2026“** (<https://www.dresden.de/de/leben/gesellschaft/migration/integrationskonzept.php>) zuletzt aufgerufen am 18.08.2021.

**Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V.: „Interkulturelle Öffnung der Jugendhilfe – Qualität sichern, Teilhabe ermöglichen“** (<https://bildungsteam.de/interkulturelle-oeffnung-der-jugendhilfe-qualitaet-sichern-teilhabe-ermoenlichen-2018-2020/>) zuletzt aufgerufen am 18.08.2021.

**Boos-Nünning, Ursula (2009):** Tendenzen und Neuausrichtung der Jugendsozialarbeit im Bereich Migration/ Integration.

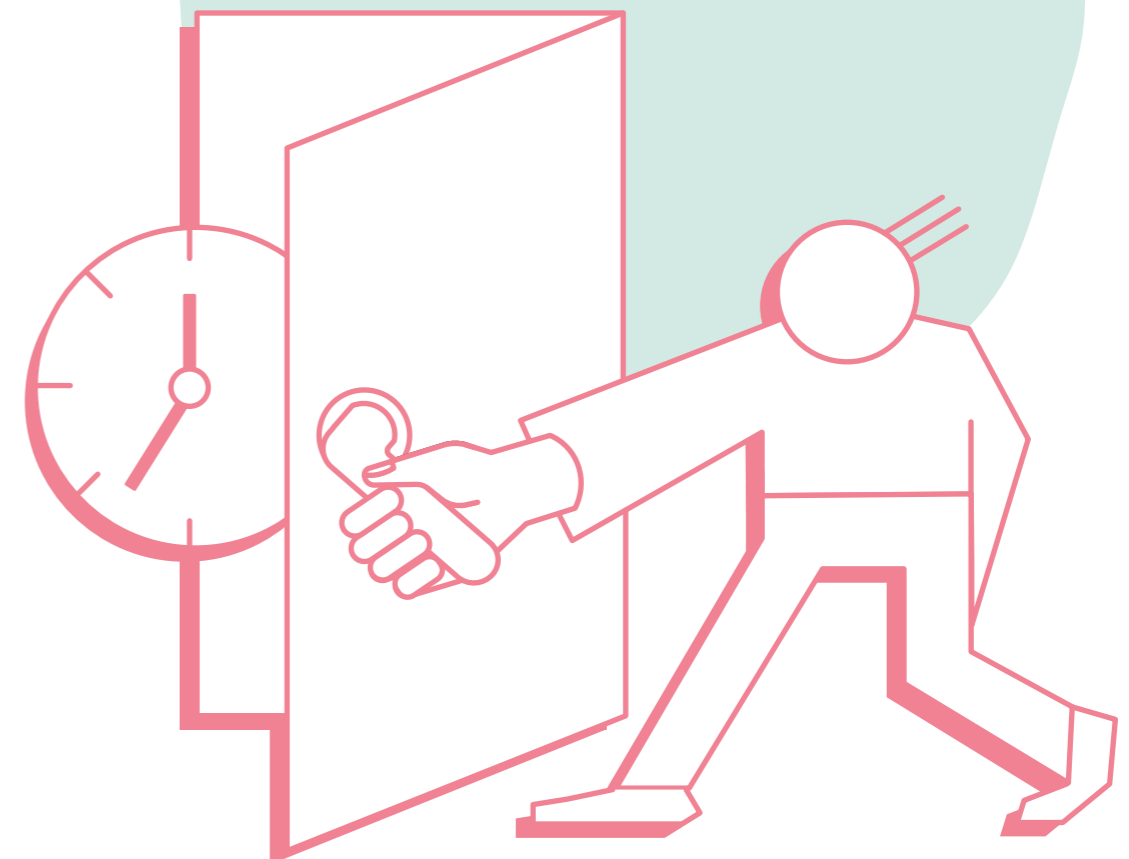
**Bundesjugendkuratorium (2013):** Migration unter der Lupe. Der ambivalente Umgang mit einem gesellschaftlichen Thema in der Kinder- und Jugendhilfe.

Fachkräftebarometer Frühe Bildung (2019).

**Kunkel, Peter-Christian et.al. (2018):** Sozialgesetzbuch VIII. Kinder- und Jugendhilfe. Nomos Verlag.

**„ES GEHÖRT SICHERLICH NOCH VIEL ARBEIT DAZU, DIE DIVERSITÄTS-ORIENTIERUNG SOWIE DIE INTERKULTURELLE ÖFFNUNG IM BEREICH DER KINDER- UND JUGENDHILFE VORANZUTREIBEN.“**

Yulia Grishakov



# „ES GEHT NICHT NUR UM DIE STIMME, SONDERN AUCH UM GEHÖRT-WERDEN UND MÖGLICHKEITEN DER EINFLUSSNAHME“

Repräsentation und Allianzen in einer diversitätsorientierten Kinder- und Jugendhilfe

„Mein Schwerpunkt ist jetzt Rassismuskritik und die Perspektive auf Rassismus und deswegen weiß ich aus der Praxis, dass das reine Vorhaben zu sagen, wir wollen ein transkulturelles Team, wir wollen uns mehr mit Rassismus beschäftigen oder wir wollen eine Expertise dazu entwickeln, dass das alleine nicht reicht, sondern, dass es für strukturelle Veränderung eben auch strukturelle Maßnahmen braucht.“ So äußert sich Yasmina Gandouz-Touati, Diplom-Sozialarbeiterin, Medienpädagogin und Lehrkraft für besondere Aufgaben an der FH Bielefeld<sup>1</sup> in einem 2020 mit uns geführten Interview.

Wenn wir uns die Konstellation in der Kinder- und Jugendhilfe vorstellen, gehen wir oft von weiß-positionierten Fachkräften und migrantisierten Zielgruppen aus. Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe sind auch Schwarz, of Color, migrantisch, postmigrantisch<sup>2</sup> und mit dem damit verbundenen Wissen gestalten sie die Kinder- und Jugendhilfe der Gegenwart. Ihre Expertise gibt uns in diesem Beitrag einen Einblick in Leerstellen und Lücken der rassismuskritischen Kinder- und Jugendhilfe.

Wenn wir von „uns“ und „wir“ schreiben, dann schreiben wir aus sozialwissenschaftlichen BPOC-Positionen heraus, die beide damit beauftragt sind, für die Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa das Kompetenznetzwerk „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ mit einem Fokus auf Expert\*innen und Praktiker\*innen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zu leiten.

Einheitliche Regelungen für die Sensibilisierung für Rassismus und Diversität gibt es nicht. Die Expertise von Fachkräften of Color, die in Interviews ihre Erfahrungen in der Kinder- und Jugendhilfe schildern, helfen zu verstehen, was eine diversitätsorientierte und rassismuskritische Kinder- und Jugendhilfe braucht.

## EXPERTISEN VON FACHKRÄFTEN MIT RASSISMUSERFAHRUNG

Kinder und Jugendliche haben pluralistische Lebenskontexte, unterschiedliche Startbedingungen und Herausforderungen, sind teils von Rassismus betroffen und haben individuelle Bedürfnisse.

**Auf diese einzugehen und ihnen gerecht zu werden, muss Aufgabe von Sozialarbeiter\*innen, Pädagog\*innen und anderen Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe sein.**

Unter Fachkräften sind die Expertisen und Erfahrungswerte divers. Während es für viele weiß-positionierte Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe noch immer möglich ist, ohne Weiter- / Fort- oder Ausbildung in rassismuskritischem und diversitätssensiblen Professionsverständnis in Institutionen, in denen postmigrantische Realitäten längst angekommen sind, tätig zu sein, gilt ebendies für Kolleg\*innen of Color nicht. Denn sie haben nicht das Privileg, die Themen Rassismus und Diversität auszublenden. Sie bringen zumeist ein fundiertes Wissen über Rassismus mit und kennen typische Erscheinungsformen im Alltag. Fachkräfte mit Rassismuserfahrungen sehen Rassismus nicht nur als individuelles Problem, sondern verstehen ihre gesellschaftliche Verankerung.

Sie sind mit einem Reflexionswissen ausgestattet, das in vereinfachende Welterklärungen und klischeehaftes Denken, das Kinder und Jugendliche oder Kolleg\*innen

<sup>1</sup> mit den Forschungsschwerpunkten rassismuskritische Mädchenarbeit fokussiert auf der Auseinandersetzung mit Prämissen parteilicher Mädchenarbeit unter rassismuskritischer Perspektive, den Umgang in und mit transkulturellen Teams, Migrationspädagogik, Empowerment mit und für PoC mit dem Schwerpunkt auf Mädchen of Color.

<sup>2</sup> Das Wort postmigrantisch beschreibt eine Gesellschaft, die von und durch Migration geprägt ist. Das ‚post‘ meint in diesem Zusammenhang die Phase der gesellschaftlichen Aushandlungs- und Anerkennungsprozesse, die eine Migrationsgesellschaft kennzeichnen. (Quelle: bpb; Naika Foroutan 2019).



3 Das setzt voraus, dass die betreffende Fachkraft selbst solche empowernden Räume kennengelernt hat und diese Räume deswegen für sich, aber auch für ihre Zielgruppen einfordert bzw. einrichtet.

4 Es gibt selbstverständlich auch Fachkräfte of Color, die ihre Kindheit und Jugend nicht in der Bundesrepublik verbracht haben und entweder auf vergleichbare Kontexte rekurren können oder wenn nicht, dann die Transferleistung vornehmen müssen, dass Rassismuserfahrungen, die man erst als Erwachsene erlebt, noch einmal andere Auswirkungen haben, als Rassismus von Kindheit an ausgesetzt zu sein. (Siehe auch: Nkechi Madubuko (2021): Praxishandbuch Empowerment. Rassismuserfahrungen von Kindern und Jugendlichen begegnen. Beltz.

5 Das setzt voraus, dass sich Fachkräfte mit ihren eigenen Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen auseinandergesetzt haben, sie diese in Sprache fassen können und genug Resilienz entwickelt haben, um die Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen ihrer Gegenüber tragen zu können.

6 Mit Color Blindness wird die Nichtanerkennung von Rassismuserfahrungen bezeichnet, die oftmals mit dem Argument einhergeht, „keine Unterschiede bei Menschen mit unterschiedlichen Hautfarben“ zu sehen.



als „Andere“ markiert, anzuerkennen und zu reflektieren.

Fachkräfte of Color sind in der Lage, Empowerment- und Reflexionsräume zu schaffen<sup>3</sup>, neben ihren regulären Tätigkeiten, in denen auftretende Diskriminierungen angegangen und bearbeitet werden. Mit dem eigenen Erfahrungswissen<sup>4</sup>, als Kind of Color in der bundesdeutschen Gesellschaft aufgewachsen zu sein, sind stärkere Anknüpfungspunkte an die konkreten Situationen der Kinder und Jugendlichen möglich. Zudem sind Fachkräfte of Color auf der

Grundlage ihrer Beziehung zu den Kindern und Jugendlichen häufiger auch in der Lage<sup>5</sup>, ihnen eine Sprache für ihre Erfahrungen zu geben. Sie bieten aber auch einen Reflexionsraum und können gleichzeitig Grenzen ziehen, wenn Kinder und Jugendliche Rassismen und andere Diskriminierungen reproduzieren. Diese Expertisen sind Grundvoraussetzung für strukturelle Veränderung, um rassismussensible und diskriminierungsfreie Kinder- und Jugendarbeit leisten zu können.

## WISSEN HÖRBAR MACHEN

Bei Repräsentanz von Rassismus- und Migrationserfahrenen geht es nicht nur darum, ihnen eine Stimme zu geben, sondern auch darum, ihr Wissen und ihre Expertise in den Mainstream einfließen zu lassen.

So schildert es Yasmina Gandouz-Touati: „Wenn wir professionelle soziale Arbeit machen wollen, professionelle Pädagogik, professionelle Jugendhilfe, dann heißt es auch, eine Reflektion der eigenen Handlung zu kultivieren, zu etablieren und als Bestandteil von Professionalität zu erkennen. Und dann kann man [...] fallspezifisch überlegen, welche relevanten, gesellschaftlichen (und) sozialpsychologischen Themen [...] dann eigentlich für den Fall explizit sind. Denn die Jugendlichen haben das Recht darauf, individuell betrachtet zu werden, bei gleichzeitigem Hintergrundwissen [...], dass wir in einer Gesellschaft leben, die von sozialer Ungleichheit geprägt

ist und die Zugänge zu Bildung, zu Freizeiteinrichtungen, zu materiellen Ressourcen unter Jugendlichen unterschiedlich aufgeteilt sind. Ich kann nicht auf der einen Seite eine Problematisierung kritisieren und auf der anderen Seite dafür plädieren, colorblind<sup>6</sup> zu sein [...]. Auf jeden Fall geht es darum, Handwerkszeug zu reflektieren und zu überlegen, wo kommen eigentlich meine Bilder her und das nicht als Möglichkeit oder weil mich das interessiert oder weil ich das gerade nett finde oder weil es dafür gerade Geld gibt, sondern das als professionelle Notwendigkeit zu erachten.“



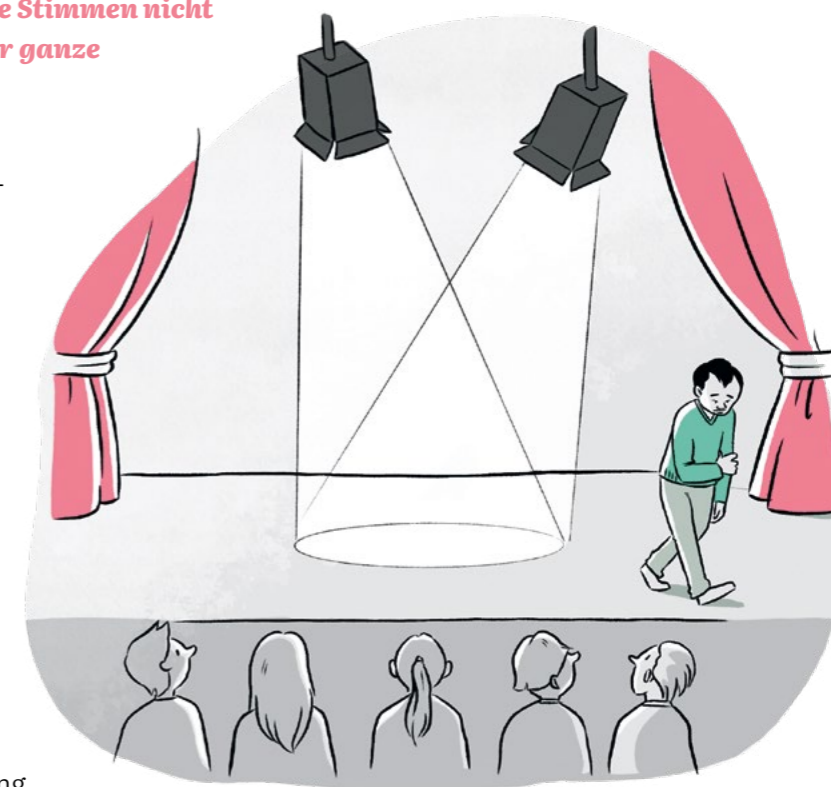
Prof.in Dr. Birgit Jagusch<sup>7</sup> von der TH Köln erklärt im mit uns geführten Interview 2020:

„(In der Kinder- und Jugendarbeit) sehen wir bisher noch wenig Repräsentanz und wenn, dann sind es eben einzelne Stimmen, die dann aber wieder vor die Herausforderung gestellt werden, dass von ihnen verlangt wird, dass sie für ein unendlich breites Spektrum an unendlich heterogenen Perspektiven sprechen (sollen) und daran eigentlich nur scheitern können. Und deswegen ist die Frage nach Repräsentation, die Frage nach nicht nur sich eine Stimme geben, sondern auch Gehör finden, auch Einfluss nehmen, glaube ich, eine der zentralen Fragen, an denen sich die weitere Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch der Kinder- und Jugendhilfe, also Kinder- und Jugendarbeit als ein Teil der Kinder- und Jugendhilfe, entscheiden wird [...].“

Professionelle Kinder- und Jugendhilfe heißt auch, eine Reflexion der eigenen Handlung zu etablieren. Dazu gehört die Reflektion um Rassismus, Sexismus, Ableismus und andere Differenzkategorien.

**Und dazu gehört auch, Colorblindness zu hinterfragen und einzelne migrantisierte Stimmen nicht in die Lage zu versetzen, für ganze Communities sprechen zu müssen.**

Die Repräsentation der Migrationsgesellschaft muss also in der Kinder- und Jugendhilfe gewährleistet werden, ohne unter Mitarbeiter\*innen of Color Stellvertreter\*innen-zwang zu erzeugen. Um Wissensbestände zu Rassismuskritik und Diversitätssensibilisierung aufzubauen und bei denen, die sie haben, wertzuschätzen, tragen die Arbeitgeber\*innen – die Träger\*innen, Vereine, Stiftungen, Institutionen, Einrichtungen – Verantwortung.



## DIVERSITÄTSSENSIBILISIERUNG als Verantwortung von Einrichtungen

Jugendeinrichtungen werden grundsätzlich als gewaltfreie und ungleichheitsfreie Räume gedacht und es wird zu selten thematisiert, dass auch die Jugendhilfe von sozialer Ungleichheit durchzogen ist. Um diese zu bekämpfen, braucht es starke Allianzen.

7 und den Forschungsgebieten rassismuskritische und diversitätssensible soziale Arbeit und Jugendbildungsarbeit, Empowerment, diversitätssensibler Kinderschutz, Diversity und Handlungskompetenz

Die Idee der 8 postmigrantischen Allianzen ist, dass unterschiedliche zivilgesellschaftliche Akteur\*innen in Folge einer Polarisierung der Gesamtgesellschaft näher zusammenrücken und auf der Basis ihrer Schnittstellen gemeinsam für Pluralität und gegen rechtspopulistische Positionen eintreten. Das bedeutet nicht, dass unterschiedliche Erfahrungen und Biografien innerhalb postmigrantischer Allianzen zu Gunsten einer geteilten politischen Idee verschwinden oder irrelevant sind, im Gegenteil: Sowohl Machtverhältnisse als auch Marginalisierung spielen im gemeinschaftlichen Handeln eine kritische Rolle und müssen benannt und reflektiert werden. Wir gehen davon aus, dass die Bildung von Allianzen unter Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe ganz neue Arbeits-, Gestaltungs- und Entfaltungsräume ermöglichen würde, denn Missstände lassen sich schwerer und langsamer überwinden, wenn sich nur diejenigen zur Wehr setzen, die von ihnen betroffen sind.

Dabei ist die Voraussetzung für Allianzen<sup>8</sup> in der Kinder- und Jugendhilfe, dass es ein Bekenntnis dazu gibt, dass sich Soziale Arbeit mit einem politischen Mandat versteht und neben der individuellen Unterstützung auch strukturelle Veränderungen verantwortlich mitträgt. Schritte dahin sind, dass sich soziale Arbeit (siehe <https://www.dbsh.de/profession/definition-der-sozialen-arbeit.html>, eingesehen am 01.08.21). und alle, die unter diesem Dach fungieren, als Menschenrechtsprofession gemäß der Definition des Deutschen Berufsverbands Soziale Arbeit versteht: Mit dem Anliegen, Diskriminierungen entgegenzuwirken und sich deutlich gegen Rassismus und Antisemitismus zu positionieren. Diversitätsorientierte Einrichtungen sehen sich als lernende Organisation, die ihre Mitarbeiter\*innen dazu befähigt, Veränderungen zu initiieren und mitzugestalten, aber auch ein Konzept für alle Involvierten bereitstellt, das sich an den vulnerabelsten Beteiligten orientiert und welches sich klar gegen Diskriminierung stellt. Die Institution stellt Ressourcen dafür zur Verfügung und identifiziert Leerstellen, Defizite und Widerstände, die die Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus hemmen. Für diejenigen, für die diese Hemmnisse besonders kraftraubend sind, sollten Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, die die Etablierung von permanenten Empowermenträumen für BPoC Akteur\*innen der Kinder- und Jugendhilfe ermöglicht. Parallel braucht es regelmäßig rassismuskritische Fortbildungen und rassismuskritische prozessbegleitende Supervisionen sowie Räume für den Austausch und die Vernetzung der Mitarbeiter\*innen untereinander und mit externen rassismuskritisch versierten Fachkräften und Expert\*innen.

## FALLSTRICKE in der diversitätsorientierten Organisationsentwicklung

Gleichfalls parallel brauchen Einrichtungen eine diversitätsorientierte Personalentwicklung und eine interne Anlaufstelle für Mitarbeiter\*innen, die Diskriminierungen erfahren.

„Die Kernschwierigkeit [...] (liegt darin, dass) pädagogische Fachkräfte die Idee haben, sie müssten sich explizite Kompetenzen aneignen, um die Arbeit mit Migrant\*innen leisten zu können. Und das ist eine aus einer ausländerpädagogischen Perspektive gewachsene Sichtweise, so würde ich es mal zusammenfassen. (Die) Ausländer\*innenpädagogik ist ja in der Retrospektive erst so benannt worden, also, ich nenne es jetzt ein bisschen salopp, ein Umgehen mit den sogenannten „Ausländerkindern“. [...] Quasi mit dem doppelten Mandat einerseits irgendwie eine Integration in Deutschland zu ermöglichen und gleichermaßen die Rückkehrfähigkeit dieser Kinder, die sogenannte Rückkehrfähigkeit zu erhalten. Also ein völlig ambivalentes und letztendlich widersprüchliches Mandat, was pädagogisch, aus meiner Perspektive, auch nicht tragbar ist. Also was machen wir da eigentlich mit den Kindern, was geben wir ihnen auch für Identitätskonstruktionen oder was gab man ihnen? Also das ist hoffentlich heute ein bisschen überwunden und über das Überwinden können wir vielleicht noch mal sprechen. Also was ist da pädagogisch passiert und aus dieser vermeintlich pädagogischen

Konzeption ist diese Idee gewachsen, Migration sei etwas Problematisches. Und spätestens, um mal so quasi den Sprung auch zu Heute zu bekommen, spätestens 2015/16 mit dem Zuzug von verschiedenen Personen, die fliehen mussten, die aus traumatischen Erlebnissen nach Deutschland gekommen sind, natürlich auch mit den unbegleiteten, minderjährigen geflüchteten Personen, kam spätestens dann nochmal die Idee auf, wir bräuchten irgendwie Spezialkompetenzen.“ (Yasmina Gandouz-Touati 2020)

Andersherum wählt die Einrichtung keine Menschen mit sichtbarer Migrationsgeschichte aus, um sich mit ihnen zu schmücken oder sie als Token<sup>9</sup> zu nutzen. Authentische Diversitätsorientierung braucht Allianzen mit relevanten Ansprechpartner\*innen aus den Communities der Kinder- und Jugendlichen, mit denen gearbeitet wird. Dafür empfiehlt es sich, mit Einrichtungen zu kooperieren, die Unterstützung wie Beratung und Informationsauskunft anbieten. Wichtig ist auch, dass alle Protagonist\*innen des Trägers die eigenen Positionen kennen und verstehen. Die Institution als solches muss gewillt sein, in den Spiegel zu sehen und gegebenenfalls bisherige Setzungen zu etablieren:

„Wir schauen uns einzelne Methoden an, wir schauen uns Gesprächsführung an, wir schauen uns Mehrsprachigkeit an, wir schauen uns Anrufungen an, wir schauen uns auch ganz klare politische Methoden aus der politischen Bildungsarbeit an, ob sie sozusagen in migrationsgesellschaftliche Prozesse passen. Das hat eine Wertigkeit, aber der Schritt davor muss immer die Reflexion um Rassismus, Sexismus, Ableismus und so weiter sein: Und das ist eben mein Punkt dabei, das als eine Notwendigkeit zu erachten und nicht als „das macht eine im Team, das ist dann die Inklusionsbeauftragte oder das ist dann die Rassismusexpertin“. Die Erfahrung zeigt, dass die sogenannten Rassismusexpert\*innen häufig auch selbst Rassismuserfahrungen machen und sozusagen eine Zuschreibung über Herkunft, gesellschaftliche Positionierung passiert, dass dann diese Person eigentlich die Richtige wäre, sich mit Rassismusthemen auseinanderzusetzen. Das hat in sich eine rassistische Logik und ist in sich auch eine Problematik für die pädagogische oder sozialarbeiterische Arbeit mit den Jugendlichen [...].“ (Yasmina Gandouz-Touati 2020)

## RASSISMUSKRITISCHE KINDER- UND JUGENDLICHENANSPRACHE

Zu den Neusetzungen gehört auch die rassismuskritische und diversitätsorientierte Kinder- und Jugendlichenansprache selbst. So ist das Erleben von Demokratie im Alltag und das Vorleben eines demokratischen und gewaltfreien Zusammenlebens die beste Voraussetzung für ein Verständnis und den Respekt gegenüber demokratischen Strukturen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene. Wenn Gerechtigkeit und Liebe<sup>10</sup>, verbunden mit dem Entgegenbringen von Vertrauen, Wissen, Verantwortung und Respekt, mit dem Anspruch auf Schutz vor Diskriminierung gelebt wird, basierend auf kommunikativen und partizipativen Ansätzen, ist das womöglich der

9 Bei Tokenism geht es um Symbolpositionen, die marginalisierte Menschen bekommen, um potenzielle Kritik an diskriminierenden und ausgrenzenden Verhältnissen innerhalb einer Institution abzuwenden. Tatsächlich wird aber den marginalisierten Minderheiten die Gleichbehandlung mit der Mehrheitsgesellschaft vorenthalten. Ihre wenig formell gleichberechtigten Vertreter\*innen dienen als Tokens und werden nach außen hin als Aushängeschilder missbraucht.

10 Liebe ist hier gemeint in einem bell hook'schen Verständnis von Liebe als ein generelles Wohlwollen anderen Menschen und sich selbst gegenüber, verbunden mit der Fähigkeit und Bereitschaft, aneinander zu wachsen. Auch wird Liebe hier verstanden als wichtiger Antrieb in politischen Kämpfen. Siehe: bell hooks (2021): Alles über Liebe – Neue Sichtweisen. Aus dem Englischen von Heike Schlatterer, Harper Collins, Hamburg.

sicherste Entfaltungsraum für Kinder und Jugendliche. Kinder und Jugendlichen sollten ihre eigenen Räume und Aktivitäten gestalten, entsprechend ihrer selbstverständlichen gesellschaftlichen Diversität, die sich in Mehrsprachigkeit, Widerstandsgeschichten, sozialem und kulturellem Wissen, Familien- und Communitywissen ausdrücken. Rassismuskritische Kinder- und Jugendarbeit bietet Kindern und Jugendlichen auch Räume für die Auseinandersetzung mit Abwertung, Mobbing und Diskriminierung und die Reflexion der eigenen Rolle darin. Mit Empowermentangeboten, durch die junge Menschen gestärkt ihren von Rassismus und/oder Antisemitismus geprägten Alltag bewerkstelligen können und wissen, wo sie Ansprechpartner\*innen finden und, dass sie ein Recht auf geschützte Räume haben, sind sie mitten in der Auseinandersetzung um gesellschaftliche Verhältnisse, politisches Denken und gesellschaftspolitische Aktivitäten.

„Und wenn wir beim Thema politische Teilhabe sind, dann finde ich, ist eine der größten Herausforderungen, unabhängig davon, wer die Fachkräfte sind, die Frage: Was meint denn eigentlich politische Teilhabe? Wenn wir uns das Teilhabe- oder Partizipationsverständnis [...] von Hart (1992) angucken [...] und sagen, es gibt, glaube ich, neun Stufen und das Unterste ist die Dekoration oder Alibi-Teilnahme, bis hin ganz hoch zu Selbstorganisation, dann würde ich die These aufstellen, dass [...] ein nicht ganz unbedeutender Teil der politischen Partizipationsprojekte eben eher in diesen ersten drei Stufen Dekoration, Alibi und vielleicht noch Mitwirkung angesiedelt ist. Das, was ich tatsächlich unter politischer Partizipation ver-

stehen würde, also mitzubestimmen, Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen, die Agenda zu setzen, bis hin vielleicht zur Selbstorganisation, ist noch relativ selten vorhanden. Und damit geraten natürlich auch die Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit, wenn sie mit jungen Menschen arbeiten wollen und, wenn sie Zugänge gewinnen wollen, in so eine gewisse Zwickmühle und was wollen sie denen sagen? Macht mal mit, ihr könnt teilhaben, aber wenn das, was ihr erarbeitet, denjenigen, die das Geld geben, nicht passt, dann habt ihr ein Problem. Also die Frage der Legitimation oder der Reichweite von Angeboten und der Glaubwürdigkeit finde ich aus meiner Sicht tatsächlich ein großes Problem, weil die Frage ist, was traut man den Kindern und Jugendlichen zu? Was dürfen sie entscheiden? Was dürfen sie nicht entscheiden? [...] Das Thema der Förderung, also das Problem, dass viele Maßnahmen eben nur projektbasiert gefördert werden und das widerspricht eigentlich allem, was wir aus der Forschung zur Wirksamkeit von



Kinder- und Jugendhilfe wissen. Nämlich, dass die besten Prozesse und Praxen aus so einer strukturellen Förderung entstehen, wenn Kinder und Jugendliche unabhängig von so einem Zweck bestimmen können, was sie gerne machen wollen und da beißen sich eben die Förderlogiken und das Verständnis über Sozialisationsprozesse von Kindern und Jugendlichen [...]"

Repräsentation und Selbstwirksamkeit müssen also auch für die Zielgruppe der Kinder- und Jugendhilfe strukturell gesichert werden. Strukturelle Probleme wirken sich kontraproduktiv auf die Bemühungen vieler engagierter Akteur\*innen der Kinder- und Jugendhilfe aus, die Tätigkeiten in dem Feld rassismuskritisch und diversitätsorientiert zu gestalten. Eine Kinder- und Jugendhilfe, die der Migrationsgesellschaft, in der wir leben, gerecht wird, kann und muss auf der Expertise von Menschen mit Migrations- und Rassismuserfahrung beruhen, braucht aber Strukturen, die wichtige Allianzen hervor- und dieses Wissen in Anwendung bringt.

Nur so kann das gemeinsame Anliegen eines diskriminierungsbewussten, menschenrechtskonformen Settings für die Zielgruppen und Arbeiter\*innen der Kinder- und Jugendhilfe umgesetzt werden.

## QUELLEN

**Gandouz-Touati, Yasmina (2020):** Interview am 18.06.2020

**Jargusch, Brigitte (2020):** Interview am 08.06.2020

**Weitere nicht zitierte Interviews,** die im Rahmen der Ohr-vor-Ort-Formate im Rahmen des Kompetenznetzwerkes „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ geführt wurden.

**IDA-NRW (Hg.) (2016):** Kinder- und Jugendarbeit zu rassismuskritischen Orten entwickeln.

**Anregungen** für die pädagogische Praxis in der Migrationsgesellschaft.

**ju:an-Praxisstelle (Hg.) (2019):** in Zukunft: Jugendarbeit antisemitismus-, rassismuskritisch und empowernd.

**Hart, Roger (1992):** Children's Participation from Tokenism to Citizenship. UNICEF Innocenti Research Centre, Florenz.

# Impressum

## VERÖFFENTLICHT VON

Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.  
Bundesgeschäftsstelle / Genel Merkez  
Obentrautstr. 72  
10963 Berlin

## IM RAHMEN DES

**KOMPETENZ  
NETZWERK** für das **Zusammenleben**  
in der Einwanderungs-  
gesellschaft

## FÖRDER\*INNEN:

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungs-  
äußerung des BMFSFJ oder des BAFZA dar. Für  
inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen  
und Autoren die Verantwortung.

## VERANTWORTLICH

(IM SINNE DES PRESSERECHTS):  
Gökay Sofuoğlu und Atila Karabörklü  
Bundesvorsitzende Türkische Gemeinde in  
Deutschland e.V.

## REDAKTION:

Milena Jovanović, Kaan Bağcı

## AUTOR\*INNEN:

Nuriani Hamdan und Mutiara Berthold  
(neue deutsche organisationen  
– das postmigrantische netzwerk e.V.)  
Anna Friedrich  
(Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.)  
Dr. Michael Parak  
(Gegen Vergessen – Für Demokratie)  
Yulia Grishakov  
(Bundesverband russischsprachiger Eltern)  
Nadine Golly und Dr. Asmaa Soliman  
(Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa)

## ILLUSTRATIONEN:

Soufeina Hamed (S. 39-44)  
Aileen Dietrich & Carlotta Weiser | actu & tactu  
[www.actu-tactu.de](http://www.actu-tactu.de) (Umschlag & S. 08-37)

## LAYOUT:

Aileen Dietrich & Carlotta Weiser | actu & tactu  
[www.actu-tactu.de](http://www.actu-tactu.de)  
Verwendete Schriftart: Trueno by Julieta Ulanovsky





**KOMPETENZ  
NETZWERK**

für das **Zusammenleben**  
in der Einwanderungs-  
gesellschaft

